

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis: 3.00 M., monatlich 1.10 M.,
wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Inserions-Gebühr
Belagt für die sechsstelligen Nummern,
zelle über deren Raum 50 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Inserate...

Berliner Volksblatt.
Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Dienstag, den 15. September 1914.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Schwere Kämpfe im Westen.
Die deutschen Siege im Osten.

Parole Freiheit!

Scharfe Anklagen hat der Reichskanzler in seiner Kundgebung an das Rigaische Bureau in Kopenhagen, die der Vorwärts gestern veröffentlichte, gegen England erhoben.

Aber diesen Vorwürfen schließt sich auch ein positives Versprechen an, ein Versprechen, das Deutschland vor der internationalen Öffentlichkeit bindet.

Seit England sich mit Rußland und Japan gegen Deutschland verbündet, hat es in einer in der Geschichte der Welt einzig dastehenden Verbindung die Zivilisation verraten und die Sache der Freiheit der europäischen Völker und Staaten dem deutschen Schwert zur Wahrung übertragen.

Wenn dies das Programm der deutschen Regierung ist, das sie im Ernst und in der Wahrheit durchzuführen beabsichtigt sein will, dann darf man davon mit aufrichtiger Genugtuung Kenntnis nehmen. Eine Mißdeutung der Worte ist nach dem, was vorausgegangen, nach den Vorwürfen gegen England kaum noch möglich.

Mit jenem Satze widerspricht die deutsche Regierung durch den Mund ihres verantwortlichen Leiters jenen Annektionspolitikern, die leider immer wieder unzufälligen Suchen, was von vornherein durch die leitende Stelle für diesen Krieg zugesichert wurde. Man kann nicht die Sache der Freiheit führen und gleichzeitig etwa die belgische Nation um ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit bringen.

Es wäre ein hoher Ruhm Deutschlands, wollte es seinen Sieg ausnutzen, um wirklich wahr zu machen, was die Worte des Kanzlers verheißen. Und kann denn die Regierung überhaupt noch zurück? Überallhin sind die Worte des Kanzlers gedrungen, alles wartet auf ihre Erfüllung.

So gut, daß, sollte doch einst die Regierung an ihrer irre werden, die Massen des Volkes es zu ihrer Parole machen, es der Regierung zuzinsen müßten, Erfüllung heischend - im Interesse des Friedens, des Fortschritts und der Freiheit!

Das französische Infanteriegeschos.

Die Anwendung von Dum-Dum-Geschossen ist eine Barbarei, gegen die nicht scharf genug protestiert werden kann. Und nach den amtlichen Mitteilungen besteht wohl kein Zweifel, daß eine Anzahl solcher verwerflichen Geschosse bei Franzosen und Engländern gefunden worden sind.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 14. September. (W. T. V.) Im Westen finden am rechten Heeresflügel schwere, bisher unentschiedene Kämpfe statt. Ein von den Franzosen versuchter Durchbruch wurde siegreich zurückgeschlagen. Sonst ist an keiner Stelle eine Entscheidung gefallen.

Im Osten schreitet die Vernichtung der russischen ersten Armee fort. Die eigenen Verluste sind verhältnismäßig gering. Die Armee von Hindenburg ist mit starken Kräften bereits jenseits der Grenze. Das Gouvernement Suwalki wurde unter deutsche Verwaltung gestellt.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 14. September, 1 Uhr 12 Minuten. (W. T. V.) General von Hindenburg telegraphierte an Seine Majestät: Die Wilnaer Armee - II., III., IV., XX. Armeekorps, 3. und 4. Reservedivision, fünf Kavalleriedivisionen - ist durch die Schlacht an den masurenischen Seen und die sich daran anschließende Verfolgung vollständig geschlagen.

mit Dum-Dum-Geschossen ins Gefecht ziehen. Eine solche Aufstellung trifft natürlich nicht zu. Dagegen spricht ja schon die Art der meisten Verwundungen, die man jetzt in den Lazaretten beobachten kann. Solche Ueberreizungen sind nur dazu angetan, daß die Angehörigen derer, die im Westen kämpfen müssen, noch mehr beunruhigt werden, als sie es ohnehin schon sind.

So hat auch das den deutschen Soldaten bisher ungewohnte Aussehen der französischen Infanteriepatrone Beunruhigung über angeblich vorhandene Spreng- und namentlich Giftwirkung der Geschosse hervorgerufen. Ein umgelegter schwarzer Metallring soll nach dem Einschlagen platzen und Zerreißungen der Körpergewebe bewirken, dem gleichen Zweck soll ein umgelegter Kupfermantel dienen, der außerdem noch die Gefahr der Kupfervergiftung durch im Körper zurückgelassene Geschosse bieten soll.

Der schwarze Ring ist allerdings vorhanden, er besteht aber aus Lack und bedeckt offenbar die Dichtung der Stelle, an welcher das Geschos in die Hülse aufgenommen wird. Auch der gefürchtete Kupfermantel ist vorhanden, er wird durch einen ungemein dünnen, offenbar galvanisch aufgelegten Ueberzug dargestellt, der sicher keine Sprengwirkung ausüben kann.

Professor Straub schließt seine Veröffentlichung mit den Worten: „Soweit in solchen Fällen der Ausdruck überhaupt gerechtfertigt ist, muß das französische Infanteriegeschos als human bezeichnet werden.“

Wohnungsnot!

Tausende und aber Tausende in Groß-Berlin droht eine entsetzliche Wohnungsnot. Der Ernährer ist ins Feld gezogen. Die Arbeitslosigkeit und andere Folgen des Krieges nehmen auch solchen, deren Familienoberhaupt nicht im Kriegsdienst sich befindet, die Möglichkeit, Miete zu zahlen. Tausende und aber Tausende wollen zahlen, können aber nicht.

Gütliche Einigung, auf die wir so häufig hinwiesen, scheitert leider in den meisten Fällen.

Die Mietsbedenke sind unzulänglich. Freilich ist der Mieter berechtigt, dem etwa der Vermieter gewaltiam ohne Klage seines Mietbesitzes entsetzt, die Türen abschließt, die Fenster aushängt oder dergleichen, mit nur vorläufiger und gerichtlicher Hilfe in Anspruch zu nehmen und Verhaftung des Wirtes wegen Nötigung und Hausfriedensbruch zu beantragen.

Wie liegt es aber in den Fällen, in denen streng rechtlich, dem Gesetz entsprechend, vom Vermieter auf Zahlung der Miete und auf Räumung geklagt wird?

Es sind die beiden Fälle zu unterscheiden: ob der Mietvertrag von dem ins Feld gerufenen Ehemann oder ob er von einem durch Arbeitslosigkeit oder schlechten Geschäftsgang zahlungsunfähigen, nicht zur mobilen Armee Einberufenen geschlossen ist. In dem ersten Falle verbietet das Gesetz vom 4. August, das zum Schutz unserer ins Feld gerufenen Soldaten erlassen ist, die Durchführung einer Räumungsklage, nicht minder eine Versteigerung. Aber schon dies ist ein geringer Nothbehelf.

Genüß liegt den Kreisen und den selbständigen Städten nach dem Gesetz vom 28. Februar 1888 die Verpflichtung ob, die Familie von ihrer Mietverpflichtung zu befreien. Aber in wie seltenen Fällen geschieht dies in der Tat? Nach immer glauben Kreise und Städte der ihnen vom Reich auferlegten Verpflichtung durch prozentuale Zuschläge zu den Mindestlöhnen sich entledigen zu können.

Rechtlich noch schlimmer daran wie die Familien der im Felde Stehenden sind die Arbeitslosen, die Zimmervermieter usw., die durch den Krieg in eine Notlage geraten sind. Hier gibt nur die Bundesratsverordnung vom 18. August den Nothbehelf, daß der Richter Zahlungsfrist bis auf drei Monate gewährt und die Räumungsverpflichtung aufheben



Truppen zu bilden, werden durch diese Täuschungsversuche eines englischen Diplomaten nicht irreführt werden. Wir legen aber Wert darauf, dass der Gesandte einer gegen Deutschland Krieg führenden Macht seine völkerrechtliche Immunität in der Hauptstadt eines neutralen Landes missbraucht, um gegen das deutsche Heer niedrige Schmähungen zu verbreiten.

## Die Behandlung gefangener Deutscher in Rußland.

Ein junger Berliner, der in Lodz arbeitete und dort als deutscher Dienstpächter verhaftet wurde, schrieb am 29. August seinem Vater aus Saratow an der Wolga folgenden Brief:

Benutze hiermit die Möglichkeit, Dir wenige Zeilen zuzuschreiben. In Lodz verhaftet, wurde als Kriegsgefangener hierher transportiert und erhielt mit Hunderten anderen die Räume eines Schulhauses als Quartier angewiesen. Erhalte hier Brot, gekochtes Wasser, etwas Tee und Zucker und als Mittag warme Suppe und Grütze. Gesundheitszustand einigermaßen, alles andere den Umständen angemessen. Die Behandlung ist bis jetzt gut. In der nächsten Zeit sollen wir weiter transportiert werden — nach Kasan oder Orenburg — dort sogar die Freiheit unter Polizeiaufsicht erhalten. Während der Reise hierher erhielten wir pro Tag 30 Kopeken, hier nichts, dafür das Mittagessen. . . Ich hoffe, alles weitere übersehen zu können.

## Ein Ministerwechsel in Griechenland.

London, 14. September. (Reuter-Nachricht.) Nach einem Telegramm aus Athen ist der griechische Minister des Aeußern Streit zurückgetreten. Ministerpräsident Venizelos hat das Ministerium des Aeußern übernommen.

Der Ministerwechsel findet seine Bedeutung darin, daß Herr Streit als Anhänger der Aufrechterhaltung der Neutralität gilt, während der Ministerpräsident der Tripel-Entente zuneigt.

## Politische Uebersicht.

### Die Arbeitszeit in den Militärwerkstätten.

Von den Militärbehörden wird uns geschrieben: In letzter Zeit ist in der Presse vielfach die Frage behandelt worden, ob nicht durch Kürzung der Arbeitszeit eine größere Zahl jetzt arbeitsloser Personen Beschäftigung finden könnte. Hierbei wurde auch auf die Militärverwaltung verwiesen, die in ihren Werkstätten zum Teil mit Ueberstunden arbeiten läßt. Wir sind in der Lage mitzuteilen, daß die Militärbehörden diese Frage eingehend geprüft haben mit dem Ergebnis, daß augenblicklich eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht angingig ist.

Sowohl in den militärischen Betrieben als auch in den Privatfabriken, die für Rüstungsarbeiten arbeiten, muß vorläufig mit allen Mitteln, wozu auch das Einlegen von Ueberstunden gehört, dahin gestrebt werden, möglichst schnell die denkbar größte Leistung zu erzielen. Dieses Ziel wird aber durch die Einführung einer verkürzten Arbeitszeit ernstlich gefährdet. Es muß nämlich der größte Teil der neu einzustellenden Arbeiter erst für den eigenartigen Betrieb angelehrt werden. Ferner lassen sich die für die Aufsicht erforderlichen Personen, die Werkzeugmacher, Maschineninsteller usw. für eine weitere Arbeitszeit erst allmählich sicherstellen. Hieraus ergibt sich ohne weiteres, daß die Leistungsfähigkeit der Betriebe in den ersten Wochen unter einer neuen Arbeitseinteilung unbedingt leiden müßte, was aber im Interesse der Kriegsbereitschaft zurzeit unter allen Umständen vermieden werden muß.

Sobald die Leistungsfähigkeit der Betriebe es irgend zuläßt, wird die Militärverwaltung die Frage der verkürzten Arbeitszeit erneut erwägen.

Nur übrigen sind die Militärbehörden bestrebt, durch Vernebung möglichst vieler Aufträge — auch an kleinere Betriebe, Seimarbeiter usw. — umfangreiche Arbeitsgelegenheit auf den verschiedensten Arbeitsgebieten zu schaffen. Dadurch, daß bei Auswahl der Arbeitskräfte für die eigenen Betriebe in erster Linie auf die Ernährer von Familien gerücksichtigt und die Beschäftigung einer größeren Zahl von Personen aus der gleichen Familie nach und nach ausgeschaltet wird, hofft man auch eine bessere Verteilung des Verdienstes nach der Bedürftigkeit zu erreichen.

### Reichstagswahlwahlen.

Am 27. Oktober findet bekanntlich im Wahlkreis Heideberg-Edersbach für den bisherigen Abgeordneten Oberamtmann Weg. der sich nicht wiederholen wird, eine Ersatzwahl statt. Von den Nationalliberalen ist Landgerichtsdirektor Dr. Oßfischer, der früher dem badiischen Landtag angehörte und vor Reichmann Vorsitzender der badiischen nationalliberalen Landesorganisation war, aufgestellt worden.

Die „Heidelberger Zeitung“ meint nun: . . . es sei bei früheren Wahlen im 12. Reichstagswahlkreis der nationalliberalen Abgeordnete in der Stichwahl wenigstens mit großer Majorität gewählt worden, was auch hinsichtlich des Herrn Dr. Oßfischer, des neuen Kandidaten der liberalen Partei sicher zu erwarten sei. Für die übrigen politischen Parteien dürfte es sich deshalb empfehlen, dem nationalliberalen Kandidaten keinen Mitbewerber entgegenzustellen.“

Hierzu sagt unser Mannheimer Parteiblatt: „Diese Meinung hat sehr viel für sich. Die Zeiten sind wirklich nicht dazu angetan, einen politischen Kampf auszulösen. Im oberschwarzbischen Wahlkreis Ravensburg wurden aus demselben Grunde zu Beginn des vorigen Monats bei einer Ersatzwahl die dem Zentrumskandidaten entgegengesetzten Kandidaten der liberalen und sozialdemokratischen Parteien abgelehnt. Und auch im 11. badiischen Wahlkreis Mannheim-Weinheim, in den sich durch den Tod unseres Genossen Dr. Frank eine Ersatzwahl nötig macht, wird für die bürgerlichen Parteien die Frage akut, ob sie den zu ernennenden Kandidaten der Sozialdemokratie Gegenkandidaten gegenüberstellen wollen. Vielleicht läßt sich in dieser Frage für Heidelberg und Mannheim eine Verständigung erzielen.“

In nationalliberalen Kreisen scheint man nicht abgeneigt zu sein, der Frage näher zu treten, denn der „Mannheimer Generalanzeiger“, das Organ Waffermanns, bemerkt zu dem Vorschlage der „Volkstimme“: „Wir können uns dieser Auffassung nur anschließen.“

### Kriegsfürsorge.

In Baden müssen selbst kleinere Gemeinden ziemlich erhebliche Summen bewilligen, um der Not der Arbeitslosen zu steuern und die Familien der ins Feld gezogenen Krieger nicht hungern zu lassen. So hat der Bürgerausschuß der Marktgemeinde Lahr, in der die Arbeitslosigkeit überaus groß ist, 150 000 M. zur Ausführung von Notstandsarbeiten bewilligt. Der Bürgerausschuß von Lörach genehmigte eine Vorlage wegen der Kriegsfürsorge, die für die Unterstützung der Familien Einderufener 30 000 M.,

für Lebensmittelversorgung 20 000 M. und für Notstandsarbeiten 50 000 M. in Anspruch bringt.

In Düsseldorf hat die Kommission für die Unterstützung der durch den Krieg arbeitslos gewordenen Arbeiter und Angestellten, der auch Vertreter familiärer Organisationsrichtungen der Arbeiter angehören, folgende Grundsätze aufgestellt:

a) Ledige Alleinlebende werden zunächst nicht unterstützt, sondern an die Armenverwaltung verwiesen.

b) Der Unterstützung Fund folgende Tagesätze zugrunde zu legen: Familienoberhaupt allein 0,50 M., Mann und Frau zusammen 1.— M., für jedes im Haus lebende Kind oder für jede erwachsene Angehörige 0,30 M.

Die Höchstleistung beträgt täglich 2 M.; die Sonntage werden als Wochentage gerechnet, so daß der Höchstsatz sich im Monat auf 60 M. stellt. (Bei besonders großer Familienstärke kann im Falle größerer Bedürftigkeit noch Unterstützung in Naturalien als Zuschuß gewährt werden.)

Ueber die Anrechnung der Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaften wurde folgendes vereinbart:

1. Kleine Sätze bis zu 5 M. pro Woche einschließlich werden auf die oben angeführte Unterstützung nicht in Anrechnung gebracht.

2. In Familien bis zu drei Kindern gelangen bei Sätzen von 5,01 M. bis 10 M. für den Tag 0,30 M., d. i. in der Woche 2,10 M., in Abzug; unterste Grenze bleiben dabei aber stets 5 M. gewerkschaftliche Unterstützung.

3. Bei gewerkschaftlichen Sätzen über 10 M. gelangen für den Tag 0,50 M., d. i. in der Woche 3,50 M., in Abzug; unterste Grenze bleiben dabei aber stets 10 M. gewerkschaftliche Unterstützung.

4. Bei Familien mit mindestens vier Kindern findet überhaupt keine Anrechnung der gewerkschaftlichen Unterstützung statt. Die Kontrolle der Arbeitslosigkeit erfolgt täglich durch den paritätischen Arbeitsnachweis der Stadt Düsseldorf, wodurch zugleich eine Fälligkeit der Arbeitslosen ermöglicht wird. Die Unterstützung gilt nicht als Armenunterstützung. Die Mittel für die Unterstützung der Arbeitslosen werden zur Hälfte durch die Stadt Düsseldorf, zur anderen Hälfte durch die „Zentralstelle für freiwillige Arbeitsbeschäftigung“, der offiziellen Düsseldorf-Kriegsfürsorge-Organisation, aufgebracht. Die Gesamtkosten wurden auf vorläufig monatlich 200 000 M. bezehnet. Die letzte Stadtverordnetenversammlung erklärte sich mit diesen Beschlüssen einverstanden.

### Kriegsfürsorge für Hausbesitzer.

Die Stadt Köln gewährt einen Zuschuß von 100 Proz. zur Reichs-Kriegsunterstützung. Sie behält sich aber das Recht vor, die Hälfte des städtischen Zuschusses einzubehalten, um ihn an die Hausbesitzer als Mietszuschuß abzuführen. Die Kriegserfahren müssen bei der nächsten Auszahlung der Unterstützung das Mietbuch vorlegen. Ist die Miete nicht bezahlt, erfolgt der Abzug von der Unterstützung. Bei einer Frau mit zwei Kindern beträgt beispielsweise die gesamte monatliche Unterstützung 42 M. Davon darf die Stadt 10,50 M. für Miete einhalten. Allerdings appelliert sie auch an das Entgegenkommen der Hausbesitzer; mit welchem Erfolge, beweist die Tatsache, daß schon mehr als 1000 Klagen von Hausbesitzern gegen Mieter an den Kölner Gerichten lauern.

Ein scharfer Kampf unseres Kölner Parteiblattes dagegen, daß die Unterstützung der Kriegserfahren zum Teil den Hausbesitzern reserviert werde, war erfolglos.

### Schadenersatz für Kriegsverwüstungen.

In Ostpreußen haben die Russen eine Menge Güter und Bauernhöfe zerstört, mancher Besitzer ist damit völlig ruiniert worden. Unter diesen Umständen ist die Frage der Entschädigung natürlich besonders aktuell geworden. Die staatliche und die private Fürsorge lindern zwar das größte Elend, aber sie können den Betroffenen natürlich nicht den erlittenen Schaden ersetzen. Diese Frage behandelt der § 33 des Gesetzes über die Kriegskriegsleistungen vom 18. Juni 1873. Dort wird gesagt:

„Für Leistungen, durch welche einzelne Bezirke, Gemeinden oder Personen außergewöhnlich belastet werden, sowie für alle durch den Krieg verursachten Beschädigungen an beweglichem und unbeweglichem Eigentum, welche nach den Vorschriften nicht oder nicht hinreichend entschädigt werden, wird der Umfang und die Höhe der etwa zu gewährenden Entschädigung und das Verfahren auf Feststellung derselben durch jedesmaliges Spezialgesetz des Reiches bestimmt.“

Rechtsanwalt Dr. Hugo Seymann führt dazu im „Verl. Tageblatt“ aus:

„Zur Regelung der Schadenersatzpflicht in Fällen wie dem vorliegenden ist daher ein besonderes Reichsgesetz erforderlich, das frühestens nach Zusammentritt des Reichstages erlassen werden kann. Dieses Gesetz wird aber mit Sicherheit erlassen werden, und es werden darin die erwaehnten Schäden, soweit sie sich auf den Verlust von beweglichem und unbeweglichem Gegenständen beziehen, entschädigt werden. Eine Entschädigung wegen des Verlustes an auferstehenden Forderungen wird jedoch wahrscheinlich nicht gewährt werden. Zur Feststellung des Schadens werden besondere Kommissionen gewählt werden, die in liberalster Weise den Geschädigten entgegenkommen und ihnen den Beweis der Höhe ihres Schadens möglichst erleichtern werden. Damit aber die Geschädigten nicht bis zur Durchführung dieses Reichsgesetzes zu warten brauchen, werden gegenwärtig bei den preussischen Staatsbehörden Verhandlungen gepflogen, die eine vorläufige teilweise Entschädigung durch eine preussische Notverordnung bezwecken. An sich ist, wie bemerkt, nicht der Staat, sondern nur das Reich entschädigungspflichtig. Die Ansprüche jetzt schon anzumelden, ist zwecklos. Sobald die gesetzlichen Bestimmungen getroffen sind, werden die Zeitungen alles Nötige wegen der Wahrung der Rechte der Geschädigten veröffentlichen. Sollte jemand aber schon jetzt seinen Schaden anmelden wollen, so erscheinen die Regierungspräsidenten als die zuständigen Instanzen, und die dorthin gerichteten Anmeldungen werden später wahrscheinlich berücksichtigt werden.“

Es besteht daher für die Geschädigten die beste Aussicht, wenigstens wegen ihrer Vermögensverluste schadlos gehalten zu werden, und zwar selbstverständlich gleichgültig, ob ihnen derselbe durch den Feind oder auch durch unsere Truppen zugefügt wurde.“

### „Eine ausnahmegesetzliche Behandlung der sozialdemokratischen Arbeiter ist künftig unmöglich.“

Auf diesen Standpunkt stellt sich das Zentralorgan der badiischen Nationalliberalen, die „Badiische Landeszeitung“. Für sie ist der Umstand, daß Dr. Frank sich als Kriegsfreiwilliger stellte und auf dem Schlachtfelde fiel, ein Zukunftsprogramm für die politische Entwicklung in Baden. Dann führt das Blatt aus:

„Die veramtörrliche Mitarbeit an der äußeren Politik wird der Sozialdemokratie so wenig verlagert werden können wie an der inneren Politik; und wo man ihren Anschauungen nicht zu folgen vermag, wird auch da wird man der Sozialdemokratie nicht mehr verzeihen dürfen, daß sie in der Stunde der Gefahr voll und ganz sich dem Vaterland zur Verfügung gestellt hat. „Reichsfeinde“ gibt es nicht mehr! . . . Es gibt auch keine Parteien ohne „Gemeinsinn“ mehr. Wer den letzten Landtag mitgemacht hat, der erinnert sich an die Zusammenkünfte Dr. Franks mit der Regierung, weil diese sich weigerte, Sozialdemokraten zu Beisitzern zu ernennen, weil die Sozialdemokratie, wie die Regierung glaubte, des vom Gesetz verlangten „Gemeinsinn“ bar sei. Daß auch die Sozialdemokratie den von nationalen Staatsbürgern geforderten „Gemeinsinn“ besitze, habe sie bewiesen, und hat in ihrem Namen Dr. Frank mit seinem Herzblut bezeugt. Eine ausnahmegesetzliche Be-

handlung der Arbeiter, die sich zur Sozialdemokratie bekennen, ist hinfort unmöglich.“

Man wird gut tun, abzuwarten. Wenn die letzten Worte Wahrheit werden sollen, dann muß übrigens vor allem die nationalliberale Partei selbst ihrer Politik einen ganz gehörigen Ruck geben. Die Sozialdemokratie wird nicht veräumen, sie nach dem Krieg an die Worte ihres badiischen Zentralorgans zu erinnern.

### Verleumder!

Mehrere rheinische Zentrumsblätter — so die „Essener Volkszeitung“ und die „Recklinghäuser Volkszeitung“ — haben eine merkwürdige Entdeckung gemacht. Sie wehren sich in einem Artikel gegen die Verdächtigung katholischer Geistlicher als Anführer von all den Frankfurtermilitären in Belgien, — eine Abwehr falscher Behauptungen, die auch der „Vorwärts“ nachdrücklich unterstützt hat —, sie knüpfen aber zugleich daran eine Verdächtigung, die erst recht auf schärfste zurückgewiesen zu werden verdient. „Die Arbeiterwelt vom Rittlicher Industriegebiet“, so liest man, „ist vollständig sozialistisch, rechne man dazu das heiße Blut der Wallonen, dann hat man eine Erklärung für jene Greuel.“

Eine haltlosere Verdächtigung und Verleumdung ist wohl selten ausgesprochen worden. Wenn wirklich von der belgischen Bevölkerung Greuel verübt worden sind, so ist ganz gewiß die Erziehung durch den Sozialismus am wenigsten Schuld daran. Keine Bewegung hat im Gegenteil mehr getan, um die Massen zu gebildeten, zivilisierten Menschen zu erziehen, als die sozialistische. Es gehört ein erstaunliches Maß von — Mühigkeit dazu, just in dem gegenwärtigen Zeitpunkt derartige unbeweisbare Verleumdungen in die Öffentlichkeit zu schleudern.

### Keine Grundangabe bei Zeitungsverböten!

Nachdem in Köln mehrfach einzelne Zeitungsnummern verboten wurden, hat der Gouverneur der Zeitung ein Rundschreiben an die Presse erlassen, worin er verbietet, daß die Gründe der Zeitungsverbote veröffentlicht werden. Es dürfe lediglich bekannt gegeben werden: „Auf Befehl des Gouverneurs der Zeitung Köln darf die Zeitung nicht erscheinen.“

### Milderungen der Zeitungszensur.

In den badiischen Grenzorten, die zwischen dem Elsaß und der Schweiz liegen, wie in Lörrach und anderen Orten, ist das seit dem Beginn der Mobilmachung bestehende Verbot, schweizerische Zeitungen auslegen zu dürfen, aufgehoben worden.

### Noch ein Sieb gegen Wetterlé.

Der Reichstagsabgeordnete Delfor hat an den Abg. Haug folgendes Schreiben gerichtet:

„Als Vorsitzender der elsaß-lothringischen Gruppe im Reichstag schreibe ich mich voll und ganz der Erklärung in Sachen Wetterlé an, die Sie als Vorsitzender der Zentrumsfraktion des Landtages abgegeben haben.“

Hätte Herr Wetterlé, anstatt von Schmeichlern sich treiben zu lassen, von allem Anfang an auf meinen Rat gehört, so hätte er seine, von mir stets getabellte Politik nicht auch noch auf diesen verhängnisvollen chlofen Weg leiten können.

R. Delfor.“

### Gegen wuchernde Fleischer.

In einer Bekanntmachung nimmt der Landrat des Landkreises Köln gegen die übertrieben hohen Fleischpreise Stellung, die von den Metzgeren gefordert wurden und die in keinem angemessenen Verhältnis zu den weichenenden Viehpreisen ständen. Wer weiter aus persönlichem Eigennutz die durch den Krieg geschaffene Notlage verschärft, dessen Name werde öffentlich bekannt gemacht werden. Neufferstfalls würden Höchstpreise für Fleisch auf Grund des Gesetzes vom 1. August dieses Jahres festgesetzt werden.

### Die schwedischen Reichstagswahlen.

Die im März d. J. gewählte zweite Kammer des schwedischen Reichstages war ein „außerordentlicher Reichstag“, dem nur eine Aufgabe oblag: Die Lösung der Frage der Landesverteidigung. Die Kammer hatte bekanntlich eine freisinnig-sozialdemokratische Mehrheit; es waren gewählt worden: 74 Sozialdemokraten (gegen früher 65), 63 Freisinnige (gegen 101) und 94 Konservative (gegen 65). Trotz der Verluste der Freisinnigen war also die Möglichkeit gegeben, das Armeeprogramm der Regierung zu Falle zu bringen. Aber die Freisinnigen begannen gar bald schwankend zu werden und zögerten ihr im März aufgestelltes Wahlprogramm zu verraten. Da kam der Krieg und dieser schuf ihnen den Vorwand, wegen „außerordentlicher Umstände“ das Wahlprogramm zu verleugnen und sich den Wünschen des Königs und der Konservativen anzupassen. Vergebens warteten sie die Sozialdemokraten: ein solcher Verrat am Wahlprogramm müßte sich rächen.

Unbestimmt um die im ganzen Lande betriebene Hege stellen die Sozialdemokraten an ihrer Programmforderung fest: Die Landesverteidigung der Steuerkraft des Landes anzupassen und sich namentlich auf den Schutz der Grenzen und Küsten zu beschränken. Von rechts und links angefaßt, zog die schwedische Sozialdemokratie in den Wahlkampf, der am 4. d. M. begann und dessen Hauptwahltag Sonntag der 13. d. M. war.

Die ersten jetzt vorliegenden Wahlergebnisse aus den 5 Wahlkreisen Kolmdhus, Östergötland, Jönköping, Upsala und Gelsing, Upp-Land-Östergötland beweisen schon, daß die schwedischen Wähler sich von den Rüstungsbeherrern nicht haben verwirren lassen. Nach den vorliegenden Wahlergebnissen wurden in diesen Kreisen 17 Konservative, 16 Sozialdemokraten und 7 Freisinnige gewählt. Unsere Partei gewinnt bis jetzt 5 Mandate, und zwar 3 von den Freisinnigen, 1 von den Konservativen und 1 neues Mandat in Kolmdhus. Während in diesen Kreisen die Konservativen 641 Stimmen und die Freisinnigen 2575 Stimmen verloren haben, gewannen die Sozialdemokraten 2100 Stimmen.

Am Sonnabend, den 12., haben die Freisinnigen ihren Verrat damit getrunken, daß sie für die drückende Regierungsvorlage stimmten. Am Tage darauf war der Hauptwahltag und es ist heute nicht mehr daran zu zweifeln, daß er unserer schwedischen Bruderpartei so reichen Gewinn gebracht hat, daß sie als die stärkste Partei aus dem Wahlkampfe hervorgeht wird.

Richtigstellung. Wir nannten gestern einige Zeitungen, die den Rückzug der österreichischen Armee bei Bernberg in einer sensationellen Ueberschrift als einen „großen Sieg der Oesterreicher“ bezeichneten. Dabei wurde auch das „S. H. H. Abendblatt“ („Nationalzeitung“) erwähnt, auf das aber der von uns erhobene Vorwurf nicht zutrifft. Das genannte Blatt hat in seiner Ueberschrift nur von einem „Oesterreichischen Erfolg an der Grobeder Schansee“ gesprochen, der auch in der österreichischen Generalstabmeldung hervorgehoben war.



**Fann.** Wer die Räume der Gerichte durchwandert, wird leider zugeben müssen, daß die Richter in den wenigsten Fällen von dieser Befugnis Gebrauch machen. In den meisten wird kaum die Räumungsfrist gewährt, die auch ohne die Bundesratsverordnung das Bürgerliche Gesetzbuch einzuräumen dem Richter gestattet.

Tausende werden nicht wissen, wo ihre Familie am 1. Oktober hausen soll, wenn keine Einigung zwischen Wirt und Mieter zustandekommt.

Es heißt, auch der Hausbesitzer befindet sich in einer Notlage. Das mag für viele Fälle zutreffen. Aber da gestattet die Bundesratsverordnung dem Richter, die Hypothekenzinsen zu stunden und die Fälligkeit des Hypothekenschatz wegen nicht pünktlicher Zinszahlung aufzuheben. Außerdem befindet sich der Hausbesitzer nie in der fürchtbaren Kalamität, in der sich Tausende und Abertausende von Mietern befinden. Ihre Lage wird doch dadurch nicht gebessert, daß sie ermittieren oder keinen Erlaß der Miete bewilligen. Was nützt dem Hausbesitzer die leerstehende Wohnung. Was nützt ihm die ausgeblagte Forderung, wenn er sie voraussichtlich niemals realisieren kann? Verständige Hausbesitzer, freilich nur wenige, haben deshalb eine Einigung durch Herabsetzung der Miete auf die Hälfte und durch fernere angemessene Stundung herbeigeführt. In den übermeisten uns bekannt gewordenen Fällen ist leider jede Einigung abgelehnt, höchstens Stundung in Aussicht gestellt.

Die Wohnungskalamität trifft nicht nur die Mieter, sie trifft die Allgemeinheit. Der sozialen Notlage gilt es entgegenzutreten. Die Lieferungsverbände müssen ihre volle Verpflichtung den Familien der in den Krieg Gezogenen gegenüber erfüllen, die Familie von der Verpflichtung der Zahlung des Mietzinses befreien. Die Kreise und Städte können weit eher den Hausbesitzer davon überzeugen, daß er besser tut, auf die Hälfte des Mietzinses zu verzichten, als gar nichts zu erhalten. Solche Einigungsversuche sollten nicht nur zugunsten der Familien der zum Kriege Einberufenen, sondern auch für die durch Arbeitslosigkeit oder sonstige Folgen des Krieges in Not geratenen Bürger stattfinden. Hier heißt es handeln, schnell handeln und nicht mit zugeknöpften Taschen.

Gelingt es nicht, die Wohnungskalamität mit den vorhandenen Mitteln zu beseitigen, so dürfte der Bundesrat mit Reichsmitteln und auf Grund des § 3 des Notgesetzes vom 4. August zur Behebung wirtschaftlicher Notstände einzugreifen haben, um Tausende und Abertausende davor zu bewahren, daß sie infolge des Krieges obdachlos werden oder die wenige Habe verlieren, die sie über das Unentbehrliche und daher Unpfändbare hinaus besitzen.

Hilfe, schnelle Hilfe muß ohne Unterschied der Parteien auf diesem Gebiete verlangt werden!

## Der Luftkrieg.

Die **Apodogener „Aftenposten“** bespricht die Berechtigung des Luftkrieges vom Standpunkt des Völkerrechts aus: Auf der ersten Friedenskonferenz im Jahre 1864 wurde ein internationales Übereinkommen angenommen, durch das die Mächte sich für einen Zeitraum von 5 Jahren zur Innehaltung des Verbots verpflichteten, Projektile und Sprengstoffe aus Ballons oder auf eine andere neue Methode niederzuwerfen.

Die Zeit für die Gültigkeit dieser Bestimmung war also abgelaufen, als im Jahre 1907 die zweite Haager Konferenz einberufen wurde. Es wurde der Versuch gemacht, alle Mächte zur Erneuerung der Bestimmung zu veranlassen; aber das gelang nicht, da mehrere der Großmächte, die inzwischen bedeutende Anstrengungen gemacht hatten, um sich eine Luftflotte anzuschaffen, auf ein solches Übereinkommen nicht eingehen wollten. Unterzeichnet wurde es unter anderem von Belgien, Großbritannien, den Niederlanden und Norwegen. Abgelehnt wurde es dagegen von Deutschland, Frankreich, Rußland, Schweden und Dänemark. Für diese Mächte ist das Auswerfen von Projektile und Sprengstoffen aus Ballons und Luftschiffen den gleichen Regeln unterworfen wie ein Bombardement.

Das Völkerrechtsinstitut hat in mehreren Sessungen einen Entwurf zur Regelung des Luftkrieges erörtert, und die Angelegenheit sollte in der nächsten Haager Konferenz auf die Tagesordnung gestellt werden. Auch in der interparlamentarischen Union hat eine Erörterung der Frage stattgefunden. Die Annahme bindender internationaler Bestimmungen hierüber wird jedoch auf große Schwierigkeiten stoßen.

## Westlicher Kriegsschauplatz. Französische Angst vor der deutschen Invasion.

Basel, 14. September. (W. L. V.) Der „Matin“ vom 11. September enthält einen Marschbrief eines Soldaten, welcher die trostlosen Verhältnisse in den Ortschaften im **Beauvais** und in der **Champagne** schildert. Die Leute seien durch Brände verängstigt und kopflos geflohen. Es sei unmöglich, die vorgeschriebenen Requisitionen vorzunehmen, da die Häuser verlassen und verschlossen seien. Schmutz und Geldstücke liegen herum, aber es sei kein Huhn, kein Salz, keine Milch zu haben; selbst das Seil, woran der Brunneneimer hängt, sei abgeschnitten. In dem benachbarten Arrondissement herrschten nicht derartige Zustände. Der Grund sei, daß der dortige Unterprefekt nicht den angsterregenden Anmarsch der Preußen angekündigt hätte.

## Dum-Dum-Geschosse bei der belgischen Armee?

Der Kriegssonderberichterstatter der „Königlichen Volkszeitung“ war Zeuge eines Gefechtes in der Nähe von Löwen. Es handelte sich um einen Zusammenstoß mit größeren Kräfte zersprengter belgischer Truppen, die sich wieder sammelten. Der Berichterstatter konnte an Verwundeten zum ersten Male deutlich die Wirkung von Dum-Dum-Geschossen sehen. Eine Wunde am Schenkel eines Mannes war 18 Zentimeter lang und 7 Zentimeter breit an einigen Stellen, dabei war auch der Knochen vollkommen zersplittert. Der Oberarzt versicherte, daß nach dem Schußkanal zu urteilen, die Wunde bei einem gewöhnlichen S-Geschos der belgischen Munition vollkommen ungefährlich gewesen wäre. Bei einigen Gefangenen wurden eine Menge Dum-Dum-Geschosse, deren Arbeit die Merkmale des Großbetriebes hatten, also fabrikmäßig hergestellt sein mußten, gefunden. Einige Gefangene sagten aus, daß sie wohl gewußt hätten, von ihrem Waffenmagazin Dum-Dum-Geschosse erhalten zu haben. Einige, die sich geweiigert hätten, diese Geschosse anzunehmen, wären sofort entworfen und standrechtlich erschossen worden, darauf hätten alle hingeschworen, auch die

jenigen, die den Charakter des Geschosses kannten, bedingungslos die Munition angenommen.

Wenn die Aussagen dieser Gefangenen, von denen einer vor dem Krieg Vertreter eines deutschen Zinkhüttenbetriebes für Belgien gewesen ist, wahr sind, so dürfte damit erwiesen sein, daß der Gebrauch der Dum-Dum-Geschosse von der belgischen Heeresverwaltung offiziell anbefohlen worden ist.

## Menschlichkeit auch im Kriege.

Briefe gefangener Franzosen und Belgier sprechen sich anerkennend über die Behandlung in deutschen Lazaretten aus. Ein französischer Krankenpfleger schreibt wörtlich:

„Soldaten wie Offiziere respektierten in bewundernswürdiger Weise das rote Kreuz, man vergesse vollkommen, daß wir feindliche Parteien waren, so groß sei die allseitige Aufopferung bei der Pflege der Verwundeten.“

Interessant ist der Bericht eines französischen Offiziers an seine Gattin. — Er hoffe sie nach Beendigung des schändlichen Krieges, den Frankreich den Russen verdankt, bald wiederzusehen. Vorläufig läge er, durch zwei Granatsplitter verwundet, in deutscher Pflege, aber die Ärzte böten alles auf, ihn bald wiederherzustellen.

Es wäre zu hoffen, daß unsere braven Verwundeten in Feindesland bald Ähnliches berichten könnten.

## Vom östlichen Kriegsschauplatz.

### Keine Cholera in Ostpreußen.

Berlin, 14. September. (W. L. V.) Gegenüber dem hier auftretenden Gerücht, in Königsberg und benachbarten Gebieten Ostpreußens sei die Cholera ausgebrochen, wird von zuständiger Seite festgestellt, daß bis jetzt weder in der Stadt noch im Regierungsbezirk Königsberg Fälle von Cholera vorgekommen sind. Auch in den an den Kreis Memel angrenzenden russischen Bezirken herrscht keine Cholera.

## Vom österreichisch-russischen Kriegsschauplatz.

### Die zweite Schlacht bei Lemberg.

Der Kriegsberichterstatter des „Morgen“, eines Wiener Montagsblattes, meldet: Die Schlacht bei Lemberg ist abgebrochen worden. Unsere Truppen werden nun zurückgezogen und in einem Abschnitt versammelt, der für die Verteidigung die günstigsten Bedingungen bietet. Unser Plan, durch rasche, Kühne Offensiven die russische Armee zu zerbrechen, ist nicht wegen mangelhafter Führung oder Inferiorität unserer Truppen gescheitert, im Gegenteil. Führung und Truppen haben Uebermenschliches geleistet, aber der Heroismus unserer Truppen scheiterte an der großen, kolossalen Uebermacht des Feindes. Es ist festgestellt, daß die Uebermacht der Russen viele Divisionen beträgt, wobei zu bedenken ist, daß die russische Division stärker ist als die unsrige. Ferner sind die Russen in der Mobilisierung weit voraus, da sie damit lange vor dem offiziellen Kriegsbeginn eingefeiert haben. Endlich haben wir fast die gesamte Hauptmacht der Russen gegen uns. Wenn man das bedenkt, kann man erst die Leistungen unserer Truppen richtig abschätzen. In fast ununterbrochenen dreiwöchigen Kämpfen haben sie in fortwährender Opferbereitschaft dem Feinde nicht nur überall standgehalten, sondern ihm auch fast 60 000 Gefangene und 300 Geschütze abgenommen. Aber diese Teilerfolge, so groß sie auch waren, konnten nicht zu dem gewünschten Gesamterfolg vereinigt werden, weil die Russen buchstäblich für jede geschlagene Division eine neue heranwerfen konnten. Höhere strategische Rücksichten verlangen jetzt die Versammlung unserer Truppen in einer Stellung, an der sich die Uebermacht der Russen brechen muß. Wir können hier ruhig den Angriff abwarten. Ich wiederhole nochmals: unsere Truppen sind nicht geschlagen, fühlen sich auch nicht geschlagen. Die österreichisch-ungarische Armee bezieht eine Stellung, die so stark ist, daß sie jedem Feinde Trotz bieten kann.

## Die „mit Sand gefüllten“ russischen Geschosse.

In einem Briefe des Berichterstatters der „Frankfurter Jg.“ aus dem österreichischen Kriegspressequartier wird über die russische Artillerie unter anderem folgendes gesagt:

„... So fand in den Kämpfen nächst Tomaszów ein Teil unserer Artillerie zwei Stunden lang im heftigsten Feuer sehr überlegener russischer Batterien, deren Geschosse aber während dieser ganzen Zeit nur hinter unserer Artillerie plähten, ohne dort irgendwelchen Schaden anzurichten. Das einzig Unangenehme war der geradezu erstickende Qualm der Explosionsgase, der sich infolge der herrschenden Windstille über den ganzen beschossenen Raum lagerte. Dagegen wurde unglücklicherweise eine unserer Batterien, gerade während sie aufzahr, also für wenige Minuten selber wehrlos war, von russischer Artillerie mit so vernichtendem Erfolge beschossen, daß nur noch ein einziges der sechs Geschütze zum Abproben kam. So traurig dieses Beispiel ist, so sehr ist doch die Mär von den mit Sand gefüllten Pulver gefüllten russischen Granaten und Schrapnells. Die Wirkung beider Geschosarten im Ziel ist leider sehr gut. Daß namentlich Granaten nicht plagen, kommt bei der besten Munition häufig vor, wenn der Aufschlag in weicher oder gar sumpfiger Erde erfolgt; solche weist aber gerade Rußland und Galizien sehr oft auf. Diese auf Grund von Tatsachen angestellten Erwägungen sollen eine sachliche Beurteilung der Verhältnisse ermöglichen und die Hinfälligkeit gedankenloser Verallgemeinerung erweisen, die leicht zu völliger Verkennung und Unterschätzung des Gegners führt.“

## Vom österreichisch-serbischen Kriegsschauplatz.

### Der Einfall der Serben in Slawonien.

Ofegg, 14. September. (W. L. V.) Die slawonische Presse bringt folgende Mitteilung aus Kuma vom 9. September: Die serbischen Truppen überschritten gestern mittag in Stärke einer Division die Save und drangen in unser Gebiet ein. Die österreichisch-ungarischen Truppen waren sofort zur Stelle und nahmen den Kampf mit dem Feinde auf.

## Der Seekrieg.

### Kampf zwischen Kreuzer und Unterseeboot.

Berlin, 14. September. (W. L. V.) Amtliche Bekanntmachung. Am 13. September vormittags wurde S. M. Kleiner Kreuzer „Gela“ durch den Torpedoschub eines feindlichen Unterseebootes zum Sinken gebracht. Fast die gesamte Besatzung wurde gerettet. Der Stellvertretende Chef des Admiralkabes grz. Behncke.

## Die wirtschaftliche Notlage in Belgien.

Der deutsche Gouverneur in Belgien, Generalfeldmarschall v. d. Golz, hat einen Erlaß an die belgische Bevölkerung gerichtet, in dem er sie zur Ruhe und Ordnung auffordert und in dem auch der Sach vorkommt: „Soviel als möglich muß der Handel wieder hergestellt, müssen die Fabriken wieder arbeiten und muß die Ernte hereingeholt werden.“ Daß diese Mahnung in der Tat bringend notwendig ist, zeigt die folgende Schilderung eines Mitarbeiters, der Belgien in diesen Tagen bereiste:

Die Industrie dieses industriereichsten Landes ist bis auf die Waffen-, Munition- und dergleichen Fabrikation sowie den Kohlenbergbau völlig aufgehoben und die belgische Arbeiterschaft ist in der verzweifeltsten Lage.

Gleich die erste Fabrikstadt, auf die man in Belgien von Aachen kommend trifft, **Verbières**, steht unter dem Zeichen des industriellen Todes. Wer erkennen will, was dies bedeutet, muß es mit eigenen Augen gesehen haben. In Verbières herrscht die Textilindustrie vor. Sämtliche Spinnereien, Webereien, Appreturen usw. liegen still. Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen sind brotlos. Der Schrecken der Arbeitslosigkeit ist um so größer, als sich dazu eine ungeheuerliche Steigerung der Lebensmittelpreise, hervorgerufen durch Mangel an Lebensmitteln, gesellt.

Die belgische Regierung kann zur Steuerung der Notlage nichts tun. Die deutsche Regierung hat andere Sorgen. Aus die Gemeinde Verbières tut einiges. Sie gibt Brotmarken in beschränkter Maße aus. Tausende und aber Tausende von Frauen und Männern sieht man vor Tagesanbruch, sobald ihnen das Verlassen der Häuser gestattet ist, nach dem Gemeindevaer eilen, um eine Brotmarke zu erhalten. Nur zu viele müssen unentrichteter Sache wieder umkehren. Die Verzwieselung der Verbièreschen Arbeiterschaft ist riesengroß.

Verbières ist immerhin eine Stadt von etwa 55 000 Einwohnern. Allein 500 000 Stück Luchse werden in den Fabriken in Verbières und den anliegenden Gemeinden Wison und Fodmont angefertigt.

Eine ebenso große Arbeitslosigkeit herrscht in Lüttich und in seiner Umgebung. Wohl ist die Waffenfabrikation in Geschal und in den **Cockerill-Werken** von Seraing im Gange. Die anderen Waffenfabriken aber und auch die Hausindustrie in Waffenteilen liegt vollkommen brach. Unterbunden ist jede Arbeit in den anderen Industriezweigen und vor allem in der Textilbranche. Auch in Lüttich herrscht eine enorme Teuerung und großer Mangel an Lebensmitteln. Eine dumpfe Verzwieselung liegt über der Arbeiterschaft, die nicht fliehen kann wie die bestehende Masse.

Hinter Verbières beginnen die eigentlichen Schrecken dieses Krieges. Ganze Ortschaften, ganze Fabrikanlagen sind vernichtet, Hunderte von Arbeiterhäusern verlieren der Zerstörung; der arbeitslose Hausat wurde ein Raub der Plünderer. Während in Verbières alle Fabrikanlagen unversehrt dastehen und der Betrieb jederzeit wieder aufgenommen werden kann, sind in einer Reihe von Ortschaften auf dem Wege nach Lüttich und um Lüttich vielfach die industriellen Werke durch die Kämpfe zerstört.

Lüttich selbst hat weniger gelitten. Die Zerstörungen betreffen hauptsächlich die Innenviertel der Stadt an der Universtität, am Place verte. Freilich auch in den Vororten und Arbeitervierteln finden sich Spuren des Krieges. Auch einige Fabrikanlagen sind davon betroffen. Aber in einer solchen Fabrikstadt wie Lüttich ließe sich das leichter verschmerzen. Der industrielle Tod in Lüttich mit seiner ungeheuren Not für die Arbeiter wird vielleicht nur solange anhalten, als der Krieg währt. Aber wie lange wird dieser Krieg dauern? Das ist die drange Frage, die auf Tausender Lippen sich drängt.

Durch das Tal der Maas bis nach Namur, auf der Straße über Ans, Waremme nach Tielmont, Löwen und Brüssel ist der Krieg dahingezogen und hat alles wirtschaftliche Leben niedergewalzt.

Gewiß, man sieht einzelne Bauern bereits wieder auf dem Acker oder im Garten arbeiten. Aber das landwirtschaftliche Leben erhebt sich im Kriege sehr rasch wieder. Die landwirtschaftlichen Produkte dienen der Selbsterhaltung und finden im Kriege guten Absatz. Eine niedergelassene Industrie bedarf erst des Friedens, bevor sie sich erholt. Deshalb steht es für den Industriearbeiter in Belgien so schlimm. Denn auch in Brüssel, Antwerpen, im Industriegebiet von Mons und Charleroi ist die Industrie tot.

Der belgische Arbeiter ist in seiner Notlage aller Unterführungen und jeder Hilfe beraubt. Seine gewerkschaftlichen Organisationen sind in bedrängter Lage als in irgendeinem anderen Lande; seine Konsumvereine leiden unter der Teuerung und dem Mangel der Lebensmittel, die der Krieg für sich requiriert. So liegt das Brüten der Verzwieselung über Arbeitermassen. Die jegliche Verwaltung in Belgien muß es als ihre erste Aufgabe ansehen, dem industriellen Leben dieses Landes aufzuhelfen. Das wäre in diesem Kriege eine Kulturthat, eine Tat auch zugleich der Sicherung unserer Ehre, die in Belgien stehen.

Die Aufgabe ließe sich vielleicht leichter erfüllen, wenn von der deutschen Verwaltung sofort eine Kommission von Belgiern, die sich aus allen Parteien und allen Klassen rekrutiert — Industriellen, Vertretern des Handels, der Arbeiter usw. — berufen würde. Eine solche Kommission, die die Verhältnisse des Landes durchaus kennt und von der man annehmen dürfte, daß ihr auch an der Wiederbelebung der Industrie liegt, könnte der deutschen Verwaltung bei der Erfüllung ihrer großen Aufgabe wertvolle Dienste leisten.

## Eine Zurückweisung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Ein Telegramm aus dem Haag meldet, die dortige englische Gesandtschaft habe der holländischen Presse mitgeteilt, daß die deutschen Truppen vollkommen demoralisiert seien. Sie plünderten alle französischen Ortschaften, die sie erreichten, und sie betranken sie.

Die holländischen Zeitungen, deren Vertreter Gelegenheit haben, sich aus eigener Anschauung ein Urteil über die Haltung der deutschen



# 24. Verlustliste.

Amisch, II. Armee. Armeekorpskommando, Hannover: tot 1 Offizier, 1 Mann; verw. 1 Mann; verm. 1 Mann. — 8. Ersatzdivision (Friedl): tot 1 Mann.

Landwehrregiment Nr. 5 (Graubenz, Thorn): tot 4 Offiziere, 5 Unteroff., 80 Mann; verw. 5 Offiziere, 8 Unteroff., 112 Mann; verm. 19 Mann. — Brigade-Ersatzbataillon Nr. 13 (Magdeburg): tot 2 Unteroff., 12 Mann; verw. 2 Off., 14 Unteroff., 74 Mann; verm. 2 Unteroff., 104 Mann. — Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 18 (St. Eylan, Osterode, Marienwerder, Ween): tot 4 Off., 8 Unteroff., 71 Mann; verw. 7 Off., 39 Unteroff., 146 Mann; verm. 108 Mann. — Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 26, 2. und 3. Bataillon (Aischerleben, Sangerhausen): tot 2 Off., 3 Unteroff., 22 Mann; verw. 3 Off., 8 Unteroff., 47 Mann; verm. 2 Off., 4 Unteroff., 33 Mann. — Brigade-Ersatz-Bataillon Nr. 27 (Köln): verw. 3 Mann; verm. 1 Mann. — Brigade-Ersatz-Bataillon Nr. 28 (Düsseldorf): verw. 1 Mann. — Brigade-Ersatz-Bataillon Nr. 33 (Neuburg): verw. 3 Unteroff., 9 Mann; verm. 4 Mann. — Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 35 (Brandenburg und Jüterbog): tot 2 Mann; verw. 5 Mann. — Brigade-Ersatz-Bataillon Nr. 36 (Neuburg): verw. 6 Mann. — Füsilier-Regiment Nr. 37, 3. Bataillon (Krottschin): tot 3 Off., 6 Unteroff., 11 Mann; verw. 12 Off., 24 Unteroff., 316 Mann; verm. 1 Unteroff., 60 Mann. — Infanterie-Regiment Nr. 43, 2. Bataillon (Pillau): tot 1 Unteroffizier, 8 Mann; verw. 4 Unteroff., 41 Mann; verm. 8 Mann. — Brigade-Ersatz-Bataillon Nr. 81 (Lübeck): tot 1 Off., 3 Unteroff., 6 Mann; verw. 1 Off., 7 Unteroff., 75 Mann; verm. 36 Mann. — Infanterie-Regiment Nr. 84, 2. Bataillon (Gaberleben): tot 1 Unteroff., 12 Mann; verw. 11 Unteroff., 28 Mann. — Infanterie-Regiment Nr. 97, 3. Bataillon (Saarburg): tot 9 Mann; verm. 2 Off., 4 Unteroff., 33 Mann; verm. 1 Unteroff., 3 Unteroff., 15 Mann; verm. 7 Off., 3 Unteroff., 80 Mann; verm. 1 Unteroff., 16 Mann. — Infanterie-Regiment Nr. 172 (Neubredow): tot 2 Off., 2 Unteroff., 32 Mann; verw. 5 Off., 11 Unteroff., 105 Mann; verm. 5 Mann.

II. Armeekorps, Kavallerieabt. der gemischten 43. Ersatz-Brigade (Kassel): verw. 1 Mann.

Feldartillerie-Regiment Nr. 53, 2. Abteilung, Leichte Munitionskolonne (Bromberg): tot 2 Mann; verw. 2 Mann. — XVII. Armeekorps, 1. Landsturm-Batterie (Danzig): verw. 1 Unteroff., 1 Mann. — XVII. Armeekorps, 2. Landsturm-Batterie (Danzig): verw. 1 Mann. — Infanterie-Regiment Nr. 10 (Strasbourg i. G.): verw. 1 Mann. — Garde-Reservekorps, 1. Artillerie-Munitionskolonne (Warschau): verw. 1 Unteroff., 4 Mann; verm. 1 Mann. — Garde-Reservekorps, Fuhrparkkolonne Nr. 1 (Potsdam): verw. 1 Unteroff., 1 Mann; verm. 1 Mann.

Garde-Pionierbataillon (Berlin): tot 1 Off., verw. 1 Off., 3 Mann. — Reserve-Fernsprech-Abteilung 4 (Magdeburg): tot 1 Mann. — XXI. Armeekorps, Feldlazarett 4 (Forbach): verw. 2 Mann. — XXI. Armeekorps, Feldlazarett 9 (Forbach): verw. 1 Mann.

Die gleichzeitig veröffentlichte Verlustliste Nr. 8 der bayerischen Armee bringt Verluste des 1. Infanterie-Regiments.

## Der Arbeitsmarkt in Groß-Berlin am Anfang September.

Um einen raschen Überblick über die Wirtschaftslage in der Kriegszeit zu gewinnen, hat der Verband Märkischer Arbeitssachverständiger anstelle der monatlichen die wöchentliche Berichterstattung über die Lage des Arbeitsmarktes eingeführt. Der Bericht wird sich auf den Angaben der Arbeitsnachweise, Krankenkassen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände aufbauen, hierzu kommen Berichte einzelner Firmen über die Lage in den verschiedenen Industrien. Auf Grund des vorliegenden Materials ist zu berichten:

Gut beschäftigt sind im allgemeinen die für den Militärbedarf arbeitenden Gewerbe, sowie die Lebensmittelindustrie. In der Metallindustrie herrscht Nachfrage lediglich nach einigen Spezialgruppen der Arbeiterschaft, z. B. bei Schmieden, Schweißern, Autogenschweißern usw. Zahlreiche Zweige der Metallindustrie liegen dagegen mehr oder minder darnieder, z. B. die Silberwarenfabrikation und die mit der Herstellung von Zinn- und Bleirohren sowie Beleuchtungsgeräten beschäftigten Betriebe. Fast völliger Stillstand ist auch in der Industrie der Näh- und Schreibmaschinen eingetreten. Eine kleine Besserung ist bei der sonst gleichfalls darniederliegenden optischen Industrie infolge der Wiederaufnahme des Transportverkehrs zu verzeichnen. Einige Betriebe haben freiwillig infolge von Militäraufträgen still zu tun. Dasselbe gilt von dem Wagenbau, der sich der Herstellung von Militärfahrzeugen widmet. Im Eisenkonstruktionsbau scheinen nach den vorliegenden Berichten bis jetzt noch keine Massenentlassungen vorgenommen zu sein.

Im Baugewerbe sind noch eine Anzahl Bauten fertig zu stellen; neue Projekte werden aus Mangel an Hypothekengeldern nicht in Angriff genommen. Dies kommt auch darin zum Ausdruck, daß bei der Berliner Baupolizei vom 31. August bis 5. Sept. aber nur 5 kleinere Neubauten neben einer Anzahl nicht sehr umfangreicher Umbauten gemeldet waren. Neue Aufträge kamen vor allem für Paradenbauten in Betracht. Daher sind im Baugewerbe zahlreiche ungeliebte Arbeitskräfte beschäftigungslos, während bei den gelernten Arbeitern, vor allem den Zimmerern, die Nachfrage anhält. In der Holzindustrie und den mit ihr im Zusammenhang stehenden Gewerben, wie Holzpflasterfabrikation, Zoloufeschabritation ist die Beschäftigung schwach. Die Textilindustrie ist nur in einigen Zweigen, z. B. der Juteindustrie gut beschäftigt. Die Koffer- und Reiseartikelindustrie hat ihre Betriebe eingeschränkt, da nur Koffer für Militärzwecke verlangt werden. Fast völliger Stillstand herrscht nach dem vorliegenden Bericht in der Tapetenfabrikation. Was die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel betrifft, ist die Beschäftigungsgeschichte der Wäcker und Fleischer günstig. Ein leichtes Nachlassen war dagegen in der Schokoladenfabrikation und Bierbrauerei zu bemerken. In der Tabakindustrie zog das Geschäft zu Beginn des Krieges etwas an, weil die Einberufenen sich größere Vorzüge mitnahmen. Nachdem sich dann ein erheblicher Rückgang bemerkbar machte, hat in der letzten Woche wieder eine leichte Belebung stattgefunden; im ganzen liegt die Produktion auch infolge der Schwierigkeit, die erforderlichen Rohmaterialien den einzelnen Fabriken zuzuführen, darnieder.

Die Konfektionsindustrie leidet, abgesehen von der Militäreffektenbranche, besonders schwer unter der Depression. Neuerdings ist eine kleine Besserung eingetreten; man rechnet damit, daß bei dem Eintritt kühler Witterung günstigere Verhältnisse

entstehen werden. Bei der Herstellung der künstlichen Blumen und Stoffe, sowie der Pufffedern sind die Betriebe stark eingeschränkt worden, doch scheint sich auch hier neuerdings das Geschäft mit Holland und Skandinavien etwas zu beleben.

Eine starke Arbeitslosigkeit, besonders unter den weiblichen Angestellten, weist das Handelsgewerbe auf. Indessen sind bei einer Anzahl Firmen die bereits ausgesprochenen Kündigungen wieder zurückgenommen; man hatte in der ersten Besetzung die Lage allzu ungünstig angesehen. Von den sonst noch vorliegenden Berichten sei erwähnt, daß im Expeditionsgewerbe die Beschäftigung wegen des geringen Güterverkehrs nur schwach war; dasselbe gilt vom Straßenbau, wo freilich die Weiterführung der Arbeiten durch Staats- und Kommunalbehörden eine kleine Besserung zeitigte.

Die schwierige Lage, die zurzeit auf dem Berliner Arbeitsmarkt herrscht, kommt auch darin zum Ausdruck, daß sich bei den größeren Berliner Arbeitsnachweisen in der vergangenen Woche 8500 männliche und 4900 weibliche Arbeitslose einschreiben ließen. Die Zahl der offenen Stellen belief sich dagegen für männliche Arbeitskräfte auf 3250, für weibliche auf 3020. Die Vermittlungen betragen für männliches Personal 2945, für weibliches 2280. Für weibliches Personal bietet der Hausdienst, wenn auch nur in Form kurzfristiger Ausleihstellen, im gewissen Umfang Beschäftigungsmöglichkeiten. Herrscht doch an Dienstboten, vor allem an gut ausgebildeten, kein Mangel. Wenn auch gegenwärtig eine starke Arbeitslosigkeit vorhanden ist, so darf die Lage nicht allzu trübe angesehen werden. Sind doch auch die Einnahmen der Landesversicherungsanstalten Berlin und Brandenburg in viel geringerem Umfang während des ersten Kriegesmonats zurückgegangen, als erwartet wurde. Ferner sind Anzeichen einer leichten Besserung festzustellen, die auch darin zum Ausdruck kommt, daß die Arbeitslosenunterstützungen der Gewerkschaften eine kleine Verminderung erfahren haben.

## Aus der Partei.

Die Auffassung der italienischen Sozialisten.

Genosse Südekum bittet uns um Aufnahme folgender Zeilen:

In der Angelegenheit des italienischen Protokolls lege ich Wert auf einige ergänzende Mitteilungen, die den Vorgang für unsere deutschen Parteigenossen überhaupt erst verständlich machen. Das Bestreben der deutschen Parteileitung, mit den sozialistischen Parteien wenigstens der neutralen Länder in Fühlung zu kommen, ist begrifflich und gut. Von Anfang an ist es aber nicht nur materiell schwer ausführbar gewesen, sondern auch unter dem Einfluß der großartigen Nachrichtenorganisation, die die Gegner Deutschlands überall in der Welt aufgebaut haben, auf besondere Hindernisse gestoßen. Am härtesten sind diese Hindernisse naturgemäß in einem romanischen Lande, die einzigen Sozialisten in Italien, bei denen ich wenigstens auf einiges Verständnis für die Lage Deutschlands und die Haltung der deutschen Sozialdemokratie gestoßen bin, waren — keine Italiener oder doch solche Italiener, die längere Zeit bei uns gelebt hatten. Die meisten gefielen sich in einer ausgesprochenen Franzosenliebe, die sich bei einzelnen sogar zu harter Abneigung gegen Deutschland entfaltete. War unter diesen Umständen die Hoffnung, führende italienische Sozialisten für ein Verständnis unserer Haltung zu gewinnen, von vornherein sehr gering, so wurde diese Möglichkeit noch durch allerdhand andere Umstände vermindert. Unabhängig von uns und ohne Kenntnis des deutschen Parteivorstandes hatte beinahe gleichzeitig die österreichische Partei einen ähnlichen Verständigungsversuch unternommen, indem sie zwei hervorragende Mitglieder, denen sich noch ein deutscher Sozialdemokrat angeschlossen hatte, nach Italien entsandte. Diese waren zufällig zeitlich zusammenfallenden Reisen von österreichischen und deutschen Sozialisten nach Italien hatte die dortige österreichfeindliche und deutschfeindliche Chauvinistenpresse in eine maßlose Aufregung gebracht, der die Sozialisten leider nicht den gehörigen Widerstand entgegenstellen konnten. Die Stimmung der Italiener bis weit in die Reihen der sozialistischen Arbeiterschaft hinein ist gegen Oesterreich — das ist nicht zu verkennen. Auf die Ursachen dieser Erscheinung können wir hier nicht näher eingehen. Unter dem Druck der chauvinistischen Debe gegen die „Invasion teutonischer Sozialisten“ legte der italienische Parteivorstand Wert darauf, daß über unsere Verhandlungen ein kurzes, Gegenstand und Ergebnis darlegendes Protokoll aufgenommen und veröffentlicht werde. Ich täusche mich wohl nicht, wenn ich annehme, daß es dem italienischen Parteivorstand in erster Linie auf den öffentlichen Nachweis ankomme, er selbst habe den Versuch eines Vertreters der deutschen Sozialdemokratie in Rom, der informativsten Zwecken dienen sollte, nicht gewünscht. Das wird ja auch durch die Veröffentlichung des Protokolls erreicht. Im übrigen aber ist zu bemerken, daß die Aufzeichnungen recht unvollständig sind. Es steht nichts darin, was nicht gesagt worden ist; es steht aber lange nicht alles darin, was den Gegenstand der mehr als fünfständigen Verhandlungen gebildet hat. Kamentlich die sehr wichtige Erklärung über die Haltung der italienischen Sozialisten, soweit diese auf dem Standpunkt der jetzt amtierenden italienischen Parteileitung stehen, im Falle eines drohenden Kriegsausbruchs, sind in dem Protokoll nicht enthalten, sondern nur in einigen Wendungen angedeutet.

So sehr ich den lebenswichtigen Empfang durch die italienische Parteileitung anerkenne, so wenig habe ich ihr verhehlt, daß ich sie für voreingenommen und zugunsten Frankreichs und seiner Verbündeten parteiisch erachte. Das liegt an dem mangelnden Verständnis für die tatsächlichen Verhältnisse in Deutschland und namentlich auch für das Wesen des Judentums, sowie an der Empfänglichkeit für die in Italien massenhaft verbreiteten Schauer- und Horrorgeschichten von deutschen Unthaten gegen englische Franzosen und Belgier. Man kann nur hoffen, daß mit der Zeit auch in diesen lächerlichen Dingen eine Wandlung kommen werde.

A. Südekum.

Die Wiener Arbeiterzeitung schreibt unter dem Titel: „Ein Aufruf und seine Zurückweisung“: „Der Vorstand der Deutschen Sozialdemokratie hat den Versuch einzelner belgischer und französischer Mitglieder des Internationalen Sozialistischen Bureaus, im Namen dieses Bureaus zu sprechen, durchaus mit Recht zurückgewiesen. Wir bestritten weder den belgischen noch den französischen Sozialisten das Recht, Manifeste, an wen sie wollen, zu richten, wenn sie es für nützlich halten, auch an das „Deutsche Volk“, zu dem auch wir deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich uns zählen. Wir verlangen von ihnen auch nicht Objektivität und Unparteilichkeit, die für sie wie für uns alle aufhört, möglich oder auch nur eine erstrebenswerte Tugend zu sein, in dem Augenblick, wo es dem eigenen Volke, gleichgültig aus welchen Gründen, ans Leben geht. Wir achten ihr Recht, in dieser bitteren, schicksalshohen Zeit für ihr Volk einzustehen bis auf den letzten Blutstropfen; wir achten ihr Recht, so wie wir es für uns in Anspruch nehmen. Gerade weil wir uns nicht nur als Söhne unseres Volkes fühlen, sondern auch als Glieder der proletarischen Internationale, können wir auch in dieser Lage, die voll furchtbar erhabener Tragik ist für uns alle, einander verstehen. Aber gerade deshalb müssen wir es mit der größten Entschiedenheit zurückweisen, wenn

die Genossen Vanderbilde, Anfecht und Quismans sich von der Leidenschaft so weit hinreißen lassen, den zufälligen Umstand auszunutzen, daß der Sitz des Internationalen Sozialistischen Bureaus derzeit in Brüssel ist, und es für ihren Standpunkt, der auch der Standpunkt der Franzosen ist, in Beziehung zu nehmen. Die Exekutive des Internationalen Bureaus hat mitunter im Namen aller seiner Mitglieder gesprochen und sprechen dürfen, ohne sie auch formell vorher zu befragen. Das waren Fälle, wo die Exekutive auch ohne besondere Anfrage sicher war, die einstimmige Meinung aller Mitglieder des Bureaus auszuspochen. In der Mehrzahl der Fälle waren das Manifeste, die gegen Ergeisse des zarischen Terrorismus gerichtet waren. Aber gerade in diesem Falle muhten sich die belgischen und die französischen Sozialisten bewußt sein, daß sie keineswegs auf die Zustimmung der Mitglieder des Internationalen Bureaus rechnen konnten, und darum durften sie nicht im Namen dieses Bureaus sprechen. Lieber den Inhalt des Manifestes wollen wir schweigen. Um es zu beurteilen, genügt festzustellen, daß es nicht wagt, das Wort *Land* auszusprechen!“

## Die Bestattung der Leiche Dr. Frank's.

Das Generalkommando des 14. Armeekorps hat auf Ersuchen unserer Mannheimer Parteigenossen die Leiche des Genossen Dr. Frank und der mit ihm gefallenen beiden anderen Mannheimer, Fesner und Hedmann, freigegeben. Eine Deputation, bestehend aus Vertretern des Landesvorstandes, der Stadtverordneten und der Landtagsfraktion, sowie des sozialdemokratischen Vereins Mannheim, ist am Freitag nach Vöckar in französischer Lokation abgereist, um die Leichen zu exhumieren und nach Mannheim zu verbringen, wo alle drei in einem gemeinsamen Grabe beigesetzt werden sollen.

## Totenliste der Partei.

Am Freitag, den 11. September, starb in Löwen im Kreise Krieg ein Parteimitglied, der zu den Begründern unserer Bewegung in Schlesien gehört, der 65jährige Kupfermeister Paul Fiedler. Seine Beteiligung an den Feldzügen 1870/71, an den Schlachten bei St. Privat, Beaumont und Sedan hat den Alten nicht davon zurückgehalten, später ein eifriges Mitglied der jungen Sozialdemokratie zu werden; sie hat freilich auch die Eisenbahnbehörde nicht davon zurückgehalten, den Kriegsdienst außer Brot und Lohn zu bringen, weil er seiner Partei anschlöß. Mit Krüder und Reinders zusammen arbeitete er trotzdem weiter für die Partei und blieb ihr die Jahrzehnte hindurch treu. Im schweren wirtschaftlichen Kampfe nach dem Aderfädischen Löwen im Kreise Krieg verflochten, war er dort lange Zeit der einzige Sozialdemokrat, doch zielbewußte, eifrige Arbeit hat es dahin gebracht, daß auch dieses Städtchen im Januar 1912 216 sozialdemokratische Stimmen aufwies. Die ganze schlesische Partei wird dem Alten ein dankbares Andenken bewahren.

## Aus Industrie und Handel.

Die Arbeitslosigkeit in Holland.

Wie furchtbar die durch den Krieg verursachte Arbeitslosigkeit in den Niederlanden ist, geht aus der Statistik der Reichsversicherungsanstalt für den Monat August hervor. Während in den Monaten Januar bis Juli die Zahl der Unfälle zwischen 7130 und 8080 betrug, sank die im letzten Monat auf 4835! Der tägliche Durchschnitt, der sonst um 300 herum schwankt, betrug 1981. Im vorigen Jahre hat der Durchschnitt der Unfälle für den Arbeitstag im August 281 betragen. In der Differenz drückt sich die Verminderung der Zahl der beschäftigten Arbeiter einerseits durch Stilllegung der Betriebe und Massenentlassungen, andererseits durch die Mobilisierung sowie durch die Verminderung der Arbeitszeit in vielen Betrieben aus. Es werden in der Werkstatt weniger Arbeiter vermindert und getötet, aber hinter diesem scheinbaren Glück verbirgt sich das schreckliche Elend!

## Frauen-Leseabende.

Mit-Mitglieder. Mittwoch bei Walter, Straße am Falkenberg. Steglitz. Morgen, Mittwoch, 1/2 Uhr, bei Tiedt, Hühnerstr. 87. Vortrag des Genossen A. Köhlig: Die Steglitzer Hilfsaktionen.

## Eingegangene Druckschriften.

Universal-Bibliothek, 5701. Ein Abend und andere Romane. Von G. Paulsen. — 5702. Regiment über die Ausbildung der Wachen zum Preussischen Gendarmen der Abgeordneten. Herausgegeben von A. Bannier. — 5703. Der Trudenstein. Der Bräutigam. Von A. v. Arnim. — 5704. Die Torgauer Heide. Von D. Ludwig. — 5705. Die drei Koffer. Humoresken von S. Rodinsohn. — 5707. Der Nachkommung. Die erste Schuld. Romane von Hermine Wittinger. — 5708/10. Das Säbälwerk der Erde. Von Prof. Dr. B. Halbach. — 5711. Kriegsglieder. Gesammelt und herausgegeben von G. A. Rude. — Einzelnummer 20 Pf. — Vb. Neclam, Leipzig. Soldatenleben und Charakterbildung. Von Dr. J. Stepler. 40 Pf. Volkstheaterverlag, München-Grubbad. Die Arbeitsverhältnisse in der Stahlindustrie. Herausgegeben vom deutschen Holzarbeiterverband. 1 R. Selbstverlag, Berlin SO. 1.

**URANIA**  
Taubenstraße 48/49.  
Dienstag, 8 Uhr:  
Prof. Dr. B. Donath:  
**Röntgenstrahlen**  
im Kriegsdienst.  
**Rose-Theater.**  
8 Uhr:  
**Deutschland über alles.**  
Gartenbühne: Vorstellung, Konzert.  
**Walhalla-Theater.**  
Täglich abends  
8 Uhr:  
In Vorbereitung: **Deutschland über alles.**  
**Heines Werke**  
3 Bände 4 Mark  
Buchhandlung Vorwärts

**Casino-Theater.**  
Lotharinger Straße 37. Täglich 8 Uhr.  
Bleibende Vorstellung: **Sonntags**, den 19. September, **Kriegsbilder**, Spezialitätenteil usw. usw. Zum Schluss das neue Kriegs-Spektakel:  
**„Mein Leben dem Vaterland“.**  
Loge 1.25, Sessel 1.10, Parterre 80 Pf.  
Kang-Balkon 50 Pf., Rang 60 Pf.  
Stuhlplatz 30 Pf.

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sängler!**  
Herrliches Programm.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag 7 1/2 Uhr

**Berliner Konzerthaus**  
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.  
Heute: **Orchester Franz v. Blon.**  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 20 Pf. Anfang 5 Uhr.  
Patriotische Gesänge, ausgeführt vom Terzett „Vaterland“.  
Leitung: **Paul Linke.**  
Kriegs- und Vaterlandslieder. Leitung: **Ludolf Waldmann.**

**Es bringt Goldsowb Opfern mit Sobock!**  
**Ein bauer solfer karbanistun Wörkn Düstpland.**



Unterstützung der Arbeitslosen.

Es ist kein Zweifel: die beste Hilfe für die Arbeitslosen ist die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeit.

Um den Arbeitslosen etwas zu helfen und sie nicht der Armenverwaltung zu überliefern, soll eine Geldunterstützung Hilfe bringen.

Außer der Stadt greift nun auch die Landesversicherungsanstalt mit ihren reichen Mitteln ein.

Die städtische Unterstützung.

Anträge auf Gewährung der Arbeitslosenunterstützung werden von jetzt ab in besonderen Geschäftsstellen des Magistrats entgegen genommen.

Bei den Bezirksvorstehern und sonstigen städtischen Ehrenbeamten können Anträge auf Arbeitslosenunterstützung nicht mehr angebracht werden.

Auch in den Geschäftsstellen finden keinerlei Auszahlungen statt, vielmehr erhält der Arbeitslose nach Prüfung seines Gesuches eine schriftliche Denkschriftung.

Arbeitslosenunterstützung wird nur solchen Personen gewährt, welche seit dem 1. Juni d. J. ununterbrochen ihren Aufenthalt in Berlin haben.

Mitglieder von Arbeiterorganisationen, welche eine Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, und mit denen der Magistrat ein entsprechendes Abkommen getroffen hat, beziehen ihre Unterstühtungen lediglich durch die Vermittlung ihrer Organisationen.

Arbeitslosenunterstützung erhalten nur solche Personen, welche arbeitsfähig und arbeitswillig sind.

Ausgeschlossen von der städtischen Unterstützung sind alle Renten- und Krankengeldempfänger.

Die Unterstützung werden ferner gewährt an kleinere Gewerbetreibende und Angehörige freier Berufe.

Die Unterstützung beträgt für Personen, welche Kinder zu unterhalten haben, 5 Mark, für die übrigen 4 Mark pro Woche.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß falsche Angaben vor den Geschäftsstellen und den recherchierenden Beamten der Stadt unnachlässig zur gerichtlichen Verfolgung wegen Betruges gebracht werden.

Die Geschäftsstellen zur Annahme der Anträge sind in der Zeit von 8-12 Uhr vormittags geöffnet.

Die Bestimmungen der Landesversicherung

Während der Kriegszeit können aus Mitteln der Landesversicherungsanstalt Berlin Unterstühtungen an Versicherte nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen gewährt werden:

1. Die Unterstützung kann nur solchen Versicherten gewährt werden, welche den Unterhalt von Angehörigen bisher aus ihrem Arbeitsverdienst ganz oder überwiegend bestritten haben.

2. Die Unterstützung wird nur solchen Personen gewährt, welche seit dem 1. Juni 1914 in Berlin ununterbrochen ihren Aufenthalt haben.

3. Die Anträge auf Unterstützung sind bei den unten bezeichneten Geschäftsstellen des Magistrats unter Vorlegung der letzten Quittungskarte und der Aufrechnungsbescheinigungen mündlich anzubringen.

4. Versicherte, welche bei der Bewerbung um Unterstützung unwahre Angaben über ihre persönlichen, wirtschaftlichen und sonstigen Verhältnisse machen.

5. Ein Rechtsanspruch auf Leistung der Unterstützung der Landesversicherungsanstalt Berlin ist nicht gegeben.

Die Geschäftsstellen

bestehen sich für die Stadtbezirke 1-14, 143, 144 in der 130. Gemeindefschule, Niederwallstr. 67.

in der 22. Gemeindefschule, Ballaststr. 15, Stadtbezirke 50-66 in der 108./110. Gemeindefschule, Nagelberger Str. 34.

Zur Beachtung!

Von jetzt ab befinden sich

Redaktion

Buchhandlung

Expedition

Verlag und

Buchdruckerei des „Vorwärts“

Lindenstraße 3

und zwar Redaktion, Buchhandlung, Verlag und Buchdruckerei im 4. Hofe, Aufgang linker Seitenflügel (Fahrschlüssel - Paternosterwerk - dauernd im Betrieb);

Expedition, Anzeigenannahme und Sortimentsbuchhandlung vorn an der Straße im Laden.

Telephon für den gesamten Vorwärtsbetrieb:

Amt Moritzplatz Nr. 151 90 - 151 97.

Aus Groß-Berlin.

Berechtigte Mahnung.

Eine sehr berechtigte Mahnung gegen das gedankenlose großstädtische Siegfesteiern kling aus dem ostpreussischen Briefe eines Korrespondenten des „Berliner Lokal-Anzeiger“;

„In der Folge hatte ich Gelegenheit, mich mit Nächstlingen zu unterhalten. Was sieht Ihr in Berlin vom Krieg?“ sagten sie voll Bitterkeit.

Und sie haben recht, die so sprechen, man muß den Jammer und das unsagbare Elend gesehen haben, um die Schrecken des Krieges voll zu begreifen.

Wächten diese nur zu wahren Worte bei dem gedankenlosen Gausen, deren größter Teil zu den Lesern der Lokalanzeigerpresse gehört, doch ein wenig Eindruck machen!

Arbeitslosenunterstützung in den Gemeinden der Provinz Brandenburg.

Eine Vorlage, die dem außerordentlichen Provinziallandtag, der heute zusammentritt, zur Unterstützung von erwerbslosen Personen (nicht Frauen von Kriegsteilnehmern) unterbreitet wird, geht davon aus, daß in der Provinz Brandenburg 123 000 Arbeitslose zu unterstützen sind.

Unterstützungen von Familien.

In den Artikel „Unterstützung der Familien von Kriegsteilnehmern“ haben sich zwei sinnstiftende Druckfehler eingeschlichen, die der Leser wohl schon selbst aus dem Zusammenhang

heraus korrigiert hat. Es muß bei dem Zitat aus den Ausführungsbestimmungen, die das kaiserliche Ministerium erlassen hat, heißen:

Bei der Prüfung, ob das der Fall ist, werden aber freiwillige Gaben und Leistungen der Hilfsbereitschaft, überhaupt Zuwendungen, auf welche ein Rechtsanspruch nicht besteht, in der Regel nicht zu berücksichtigen sein;

In dem Artikel vom Sonntag war das „nicht“ vor zu berücksichtigen ausgefallen.

Ferner muß es auf der zweiten Spalte statt „dennoch tut man recht“ heißen: „demnach tut man recht“.

Die Verteuerung der Bäckereiprodukte.

Die letzte Sitzung der städtischen Lebensmittelkommission in Neukölln beschäftigte sich u. a. auch mit der Benachteiligung der Bürgerschaft durch die Bäckermeister.

Ein rücksichtsloser Hauswirt.

Die Zentral-Melde- und Kunststoffsstelle des Roten Kreuzes bittet uns um Bekanntgabe des in folgendem geschilberten Falles, für dessen Wichtigkeit sie sich verbürgt: Die Frau eines Landwehr-Unteroffiziers, der seit Mitte August zum Heere einberufen ist, ist mit ihrem sieben Monate alten Kind seit dieser Zeit ohne Verdienst.

Volkskulturbände des Verbandes der Freien Volksbühnen.

Am 16. und 18. September finden je 6 Volkskulturbände statt und zwar in den Aulen der folgenden Schulen:

Albrechtstr. 27, Friedrichs-Gymnasium; Buchauer Str. 8, Friedrichs-Berdersches Gymnasium; Kanstr. 19, Veltins-Gymnasium; Köpenicker Str. 75, Andreas-Realgymnasium; Dresdner Str. 113, Luisenstädtische Oberrealschule; Steglitzer Str. 8a, Körner-Realschule.

Eintrittskarten sind in folgenden Stellen zu haben: Nordwest. Gohlwitzer Str. 10, Becker. - Oldenburger Straße 10, Restaurant Paroch. - Köpenicker Str. 29, Konsumgenossenschaft. - Dorothienstraße 79, Geschäftsstelle der akademischen Unterrichtsstufe, wochentags von 5-8 Uhr.

Norden. Logenstr. 4, Konsumgenossenschaft. - Malplaquetstr. 14, Puhl. - Gerichtstr. 19, Neulautental Friedrich. - Kolonnenstr. 139, Konsumgenossenschaft. - Lustenitzstr. 53, Konsumgenossenschaft. - Sälzestraße 9, Restaurant Dams. - Baumstr. 150, Neulautental Dialekt. - Biergartenstraße 6, Fischer. - Schivelbeiner Str. 9, Konsumgenossenschaft. - Vogelerstraße 19, Konsumgenossenschaft. - Weihenburger Str. 60, Hotel. - Minierstr. 27, Geschäftsstelle des Verbandes der Volksbühnen. - Minierstraße 83/85, Deutscher Metallarbeiterverband (Zimmer 2-3) von 9-1 und 4-7 Uhr.

Nordost. Landwehrstr. 3, Köhnerstr. - Gulelandstr. 30, Zigarrengeschäft Schneider. - Cöpen. Grüner Weg 15, Konsumgenossenschaft. - Stralauer Platz 10/11, Bureau des Wahlvereins (9-1 und 5-7 Uhr). - Frankfurter Allee 109 bis 113, Kaufhaus Hermann Alex. - Petersburger Platz 4, Expedition des „Vorwärts“. - Kopenhavener Str. 3, Konsumgenossenschaft.

Südost. Auguststr. 30, Zigarrengeschäft Beumann. - Köpenicker Straße 68, Volksbühnenbuchhandlung. - Engelstr. 15, Zigarrengeschäft Horch. - Admiralsstr. 40a, Zigarrengeschäft Schulz. - Köpenicker Str. 3, Konsumgenossenschaft. - Brangelstr. 65, Konsumgenossenschaft.

Süd. Kommandantenstr. 62, Bobbin. - Ritterstr. 15, Zigarrengeschäft Boerner. - Grödelstr. 65a, Konsumgenossenschaft.

Südwest. Leipziger Straße (am Donhoffplatz), Kaufhaus Hermann Tiep (Reichsbureau). - Köpenicker Str. 62, Konsumgenossenschaft. - Lindenstr. 2, Zigarrengeschäft Alabunde. - Arndtstr. 29, Konsumgenossenschaft. - Vogelberger Str. 53/54, Zigarrengeschäft Schröder.

Westen. Potsdamer Str. 43, Zigarrengeschäft Martiensgen. - Französischer Str. 57/58, Verein der Bandbeamten. - Zentrum. Alexanderplatz, Kaufhaus S. Tiep (Theaterkasse).

Ueber den Umfang der Erwerbslosigkeit in Wilmersdorf.

Auf die Aufforderung des Magistrats zur Selbstmeldung erwerbsloser Einwohner haben sich bei den dafür vorgesehenen Stellen - Statistisches Amt und Städtischer Arbeitsnachweis - 1269 männliche und 948 weibliche Erwerbslose, mithin insgesamt 2207 Personen gemeldet. Davon wurden notiert beim Städtischen Arbeitsnachweis, Männerabteilung: 223 ungelernete und 882 gelernte Arbeiter und befanden sich unter diesen allein 111 Vertreter des Baugewerbes und verwandter Gewerbe.



### Rein Wahlkampf in Neukölln?

Der Verein der Fortschrittlichen Volkspartei für Neukölln hat das folgende Schreiben an die Vertreter der einzelnen Stadtverordnetenfraktionen gerichtet:

Der Verein der Fortschrittlichen Volkspartei zu Neukölln sieht auf dem Standpunkt, daß die gegenwärtige politische Lage nicht dazu angetan ist, Kämpfe um die Neubewegung der freiwählenden Stadtverordnetenmandate zu entfachen.

Aus diesem Grunde hat der Verein an die in Betracht kommenden Fraktionen die Anfrage gerichtet, ob sie bereit wären, einer Vereinbarung zuzustimmen, wonach jeder Fraktion ihr bisheriger Bestands verbleibt.

Die demokratische Partei will demgegenüber dahin wirken, daß die Wahlen überhaupt nicht im Herbst stattfinden, sondern verlegt werden, bis eine ruhigere Zeit angebrochen ist. Die jetzigen Mandatsinhaber sollen ihre Mandate bis dahin ausüben.

Wie sich unsere Neuköllner Parteigenossen dazu stellen werden, ist uns noch unbekannt.

Eine Wasserperre, die in Neukölln ein Hauswirt in der Wohnung eines seiner Mieter ausgesetzt hat, erregt Aufsehen. Der Eigentümer des Hauses Steinmehrer 44, Stadtverordneter Schmiedemeister Deter, erschien am 4. September mit seinem Rechtsanwalt bei der Frau eines zurzeit im Krankenhaus liegenden Mieters und sagte ihr, er müsse mal die Wasserleitung nachsehen, es sei da wohl etwas nicht in Ordnung. Obwohl ihm geantwortet wurde, daß die Wasserleitung nicht reparaturbedürftig sei, machte Herr Deter sich über den Leitungsbahn her, schraubte ihn ab und setzte einen Eisenhaken ein, der die Leitung abschloß. Das Sonderbare ist nun, daß seit jenem Tage bis zu dem Augenblick, wo wir diese Zeilen niederschreiben, also in acht Tagen, kein Mensch die etwa notwendige Reparatur vorgenommen hat. Und noch sonderbarer ist, daß Herr Deter einigen Mietern seiner Häuser Steinmehrer 44 und 45 unterlagert haben soll, der Frau mit Wasser auszuhelfen. Herr Deter darf sich nicht wundern, wenn man diese Wasserperre, die übrigens die Frau um so schwerer trifft, weil sie ein Geschäft hat, nicht aus Reparaturbedürftigkeit der Wasserleitung, sondern auf andere Weise zu erklären sucht. Schon vorher war es zu Differenzen zwischen dem Wirt und diesem Mieter bzw. seiner Frau gekommen. Am 25. August verunglückte der Mieter durch Sturz in eine hinter dem Badentisch befindliche Kellerluke, die keine Schutzvorrichtung gegen solche Unfälle hatte. Als darauf die Frau sich an die Polizei wandte und diese zu einer Besichtigung der Unfallstelle Herrn Deter hinzog, benahm er sich sehr aufgeregt. Am 28. August reichte er dann wegen einer Mietschuld die Klage auf Zahlung und Räumung ein, wobei er in der Klageschrift wieder beleidigende Worte gebrauchte. Und schließlich kam am 4. September die Wasserperre, die seitdem über eine Woche angehängt hat. Wir hören, daß die Frau gegen Herrn Deter wegen Nötigung einen Strafantrag gestellt hat.

### Kommunale Fürsorge in Tempelhof.

In der letzten Gemeindevorstandssitzung wurde beschlossen, während der Dauer des Krieges den von der Gemeinde auf Privatdienstvertrag angestellten Beamten und den Arbeitern, soweit sie verheiratet sind, 50 Proz. und den übrigen 25 Proz. ihres Gehaltes weiter zu zahlen. Bei den Verheirateten steigen sich die Sätze für jedes Kind unter 15 Jahren um 20 Proz., bis der Höchstbetrag von 100 Proz. einschließlich der staatlichen Unterstützung erreicht ist.

Eine Anfrage unserer Vertreter, ob auch die Unterstützung der Arbeitslosen beachtet werde, wurde vom Gemeindevorstand dahingehend beantwortet, daß von den schon früher bewilligten 10000 M. den ortsanfässigen Arbeitslosen dieselben Unterstüßungen wie in Berlin gewährt werden sollen. Die dort geleisteten Unterstüßungen von 5 M. für Verheiratete und 4 M. für Ledige sollen einen Zuschuß zu den von den Gewerkschaften gezahlten Unterstüßungen bilden.

Stehen den Arbeitslosen solche oder ähnliche Unterstüßungseinrichtungen nicht zur Verfügung, so können von Fall zu Fall höhere Sätze als die erwähnten bewilligt werden. Anträge auf Arbeitslosenunterstützung sind an die Armenverwaltung zu richten, ohne daß die rechtlichen Wirkungen der Armenpflege eintreten.

Kriegserfrischungen fertig zum Versand mit der Feldpost inserierte dieser Tage eine große Firma in den Zeitungen. Nach dem Inserat sollten u. a. Schokoladepackete in frankierten Feldpostbriefen von etwa 25 Gramm 1 M. kosten. Und gemachten Mitteilungen zufolge werden die in den Anpreisungen gemachten Versprechungen indessen nicht ganz erfüllt, denn der mit Schokolade gefüllte Feldpostbrief wiegt nicht 225, sondern nur 185 Gramm. Mit Recht wird gesagt, daß durch jene Anpreisungen das laufende Publikum benachteiligt wird.

Den Familien ihrer zu den Fahren einberufenen Arbeiter vergütet die Firma Hein, Lehmann u. Co., Alt.-Gef., Düsseldorf-Oberbühl und Berlin-Reinickendorf, die Hälfte als Zuschuß zu dem Betrag, der ihnen von Staat und Gemeinde zusammen gewährt wird. Die Familien der einberufenen Beamten erhalten das halbe Gehalt mit teilweisem Ausgleich zwischen den höheren und niederen Bezügen. Außerdem stellt die Firma für besondere Unterstüßungsfälle eine größere Summe zur Verfügung.

Das Restaurant „Zum Reduten“. Aktiengesellschaft „Jun“, zahlte den Frauen ihrer einberufenen Angestellten entsprechend der Anzahl 20—35 M.

### Der Kassenbote Leon Zebell.

Der vor zwei Jahren als Angestellter der Genossenschaftsbank in Berlin 120 000 M. unterschlag, hat sich jetzt selbst der Polizei gestellt. Er erschien vor Gericht und erklärte, daß er sich bisher in Frankreich aufgehalten habe. Was zu seiner Flucht aus Frankreich habe er noch 80 000 Fr. besessen, die ihm aber von der Polizei in Lyon abgenommen worden seien. Nach einer anderen Meldung soll J. eine Handtasche mit dem Inhalt von 80 000 M. bei einer Schlägerei zwischen Deutschen und Franzosen in Chamounix (Schweiz) verloren haben.

### Die Auslegung der Neuköllner Wählerliste.

Nach einer Bekanntmachung des Magistrats liegt die Wählerliste für die Stadtverordnetenwahl vom 15. bis 20. September während der Geschäftsstunden von 8—1 Uhr vormittags und von 3—6 Uhr nachmittags, Sonnabends von 8—2 Uhr und Sonntags von 8—10 Uhr vormittags aus.

Die Einsicht geschieht im Wahlbureau und den Nebenräumen im Rathaus, Eingang Donaustraße 80/81, erste Etage. Der Einspruch gegen die Richtigkeit kann schriftlich oder zu Protokoll erklärt werden.

Da nun ein großer Teil der Wahlberechtigten eingezogen ist, müssen die in der Organisation tätigen Genossen dafür Sorge tragen, daß die Einsicht für alle Abwesenden durchgeführt wird.

### Auskunfterteilung über in Berlin untergebrachte Verwundete.

In dem Bezirk der Linienkommandantur Berlin, der Groß-Berlin und Borsdorf bis einschließlich Potsdam, Spanbau, Köpenick usw. umfaßt, sind bisher schon gegen 10 000 Verwundete in Lazaretten untergebracht. Ueber deren Verbleib gibt eine besondere Auskunftsstelle für die Lazarette Groß-Berlin Auskunft, die von Linienbelegierten mit Hilfe freiwilliger Kräfte errichtet, bisher in der Linienkommandantur tätig war, vom Dienstag, den 18. d. M. ab aber in der Kriegszahnklinik, Doranstr. 48, ihren Sitz hat und der Auskunftsstelle des Kriegsministeriums räumlich — das Bureau befindet sich im Nebenzimmer — angegliedert ist. Dort

von Groß-Berlin und Umgegend ein Vertonbeter untergebracht worden ist. Auch kann man bei dieser Stelle diejenigen Groß-Berliner Lazarett erfahren, in denen Angehörige bestimmter Truppenteile liegen.

### Der Verkehr der Autoomnibusse.

Die Allgemeine Berliner Omnibusgesellschaft mußte bekanntlich ihren Betrieb mit Automobilen erheblich einschränken. Eingestellt ist der Verkehr der Automobillinien 2, 4 B, 12, 14 und 24 sowie der Luxuslinie Zeughaus-Galersee. Mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde wird der Betrieb aufrechterhalten auf den Linien 4, 4 A, 4 C, 8, 9, 11 und 19. Die Abstände zwischen den einzelnen Wagen werden so kurz wie möglich gehalten. Als äußerste zulässige Grenze sind dafür festgesetzt bei Linie 19 bis zu 8 Minuten, bei 11 bis zu 9 Minuten, bei 4 und 4 A bis zu 10 Minuten, bei 8 bis zu 11 Minuten, bei 4 C bis zu 12 Minuten und bei Linie 9 bis zu 15 Minuten.

Beim Spielen tödlich verunglückt ist das vier Jahre alte Söhnchen Karl des Schankwirts Walther aus der Jennstr. 35. Der kleine spielte vorgestern nachmittags gegen 2 Uhr am Nordhafen vor dem Hause Nr. 5. In einem unbewachten Augenblick stürzte er ins Wasser und konnte später nur noch als Leiche gelandet werden.

Ein größerer Dachstuhlbrand beschäftigte am Montagmorgen die Berliner Feuerwehrt auf den Rindbergstr. 21. Es gelang der Wehr, die Flammen auf den Dachstuhl des Wohnhauses zu beschränken. Der Schaden soll bedeutend sein. Zahlreiche Mieter besaßen den Verlust von Hausrat und Brennmaterialien u. dergl.

### Freigabe des Benzolverkaufs.

Das Polizei-Präsidium teilt mit: Die für die Zwecke des Militär-Kraftfahrwesens angeordnete Beschlagnahme von Benzol ist auf Anweisung des Kriegsministeriums aufgehoben worden. Der Verkauf von Benzol an das Publikum ist freigegeben. Den Benzolgewinnungsunternehmen werden für den Verkauf an ihre Abnehmer noch einige Beschränkungen auferlegt. Die Beschlagnahme von Benzol bleibt bestehen.

Rechtsuchende in Wilmersdorf, besonders die Frauen im Felde lebender Männer, erhalten über Mietsverhältnisse, sowie über alle anderen brennenden Fragen in Folge des Kriegszustandes unentgeltliche Auskunft beim Genossen Hof-Galersee, Johann-Str. 10, Sprechzeit täglich von 1/2—1/4 Uhr. Auf vorherige telefonische Verbindung (Amt Platzburg 20) ebenfalls auch zu anderer Zeit. Notwendige Einsichten werden angefertigt und Termine wahrgenommen. Schriftliche, die auf die wahrzunehmende Sache Bezug haben, sind mitzubringen.

Der Männerchor „Olympia“ hält seine Übungsstunden wieder regelmäßig Donnerstags von 8—11 Uhr, in den Prinsipalstr. 10 ab.

### Parteiveranstaltungen.

Zweiter Wahlkreis. Eine öffentliche Versammlung findet heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, in Dallwitzers Kaffeehaus, Badstr. 15/16 statt. Die Tagesordnung lautet: Bericht der Rietern der „Hilfsvereine“. Referent: Reichstagsabgeordneter Georg Ledebour. 2. Diskussionspunkt.

Jugendabteilung. 2. Kreis. Am Mittwoch, den 18. September, abends 1/2 Uhr, im Lokal von Mehl, Planufer 75: Versammlung. Vortrag des Genossen Kurt Helmig über: „Ein Gang durch Halberstadt“. Gäste willkommen.

Wilmersdorf. Heute Dienstag, den 15. September, abends 8 Uhr, bei Paal, Chausseestr. 48: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Geschäftliches, Vortrag. Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.

### Gewerkschaftliches.

#### Berlin und Umgegend.

#### Kriegsunterstützung der Steinseher.

Die Zahlstelle Berlin des Verbandes der Steinseher beschäftigte sich am Sonntag mit der Frage, ob eine Unterstützung der Angehörigen von Kriegern möglich und fernher, Job an diesem Zwecke ein Extrabeitrag einzuführen sei. Aus Mitgliederkreisen wurde der Wunsch geäußert, die statutarische Kranken- und Sterbenunterstützung aufzuheben oder erheblich einzuschränken zugunsten einer laufenden Unterstützung an die Arbeitslosen und die Angehörigen der im Felde stehenden Mitglieder. Der Zentralvorstand hat daraufhin in einer Veröffentlichung nachgegeben, daß es die Kassenverhältnisse nicht erlauben, diesen Wunsch nachzukommen, da man sonst bis Ende dieses Jahres mit einer völligen Erschöpfung der Kasse rechnen müßte. Es heißt weiter: „Wollen wir den Familien unserer zum Heere eingezogenen Kollegen und unseren arbeitslosen Mitgliedern eine Unterstützung noch über den 31. Dezember hinaus gewähren, so müssen unsere noch in Arbeit stehenden Mitglieder sich bereit erklären, ganz erhebliche Extrabeiträge zu leisten.“ Wie der Vorsitzende Henke erklärte, werde man wohl zur Zufriedenheit der Mitglieder etwas schaffen können, denn wo ein Wille sei, sei auch ein Weg. Auch werde man in der Frage der Karenzzeit mildere Bestimmungen einführen können. Wie Redner weiter mitteilte, hat sich die Schlichtungskommission an die Unternehmerorganisation gewandt zwecks Unterstützung der Angehörigen von Kriegern. Die Antwort lautete nicht ablehnend, nur wurde darin erklärt, daß man jetzt den Zeitpunkt des Eingreifens noch nicht bestimmen könne. Es ist auch durch die Schlichtungskommission eine Einrichtung behufs Verteilung der Arbeit getroffen worden insofern, daß, falls die Arbeiter einer Baustelle es wünschen, die eine Schicht eine Woche arbeitet und die nächste Woche die andere Schicht zur Arbeit kommt, so daß alle etwas verdienen.

Zentralvorsitzender Knoll nahm auch das Wort und wies auf die Notwendigkeit hin, überall dort, wo große Not herrscht, helfend einzugreifen. Dazu bedürfte es aber erheblicher Extrabeiträge, denen sich wohl kein aufgeregter, einsichtiger Arbeiter entziehen werde.

Nach längerer Diskussion beschloß die Versammlung, die Bestimmungen über die Karenzzeit zu ändern, so daß, wer 52 Wochen Mitglied der Unterstützungsliste ist, der Unterstützung teilhaftig werden kann.

Auch die Ausgliederung, die in diesem Jahre ausgedient und noch nicht 52 Wochen geleistet haben, sollen Unterstützung beziehen. Weiter wurde beschlossen, daß für jeden Arbeitstag 10 Pf. Extrabeitrag zu entrichten ist.

#### Militärlieferungen und Gehaltsföhrung.

Einer hiesigen großen Textilwarenfirma, die Heeresaufträge in großem Umfang erhalten hatte, wurden diese Aufträge nach dem „Konfessions“ wieder entzogen, als die Heeresverwaltung in Erfahrung brachte, daß die betreffende Firma, trotz der dadurch verhängten Verschärfung ihrer Arbeitskräfte, dem Personal das Gehalt auf die Hälfte gekürzt hatte.

Die Eisenkonstruktions- und Fahrstuhlarbeiter nahmen in der am Sonntag abgehaltenen Branchenversammlung den Bericht der Agitationskommission entgegen. Aus demselben geht hervor, daß sich Ereignisse von bemerkenswerter Bedeutung nicht zugetragen haben. Lohnbewegungen, die vor dem Kriege bei einigen Firmen geplant waren, mußten wegen der veränderten Verhältnisse unterbleiben. Gegenwärtig ist in den Betrieben für Eisenkonstruktion, die für den Kriegsbedarf arbeiten, sehr gute Konjunktur. Es hat sich auch hier zum Teil daselbe gezeigt, was in anderen Branchen beobachtet werden konnte: Man sucht den erhöhten Anforderungen durch Überstunden gerecht zu werden. Es wird zugegeben, daß in bestimmten Einzelfällen, wo augenblicklich ein Mangel an qualifizierten Spezialarbeitern herrscht, Überstunden erforderlich sein können. Wo aber durch Einstellung von Arbeitskräften oder Einführung von Arbeitsmaschinen die Überstunden vermieden werden

können, soll es unbedingt geschehen. Die Arbeiter der in Frage kommenden Betriebe werden an den nächsten Tagen zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen und dann bei den Betriebsleitungen vorstellig werden.

### Konfessions-Notarbeit!

Und geht folgende Erklärung zu: Auf die Mitteilung des Konfessions-Rotauschusses in der Montagnummer des „Vorwärts“ ist folgendes zu erwidern:

1. Der Konfessions-Rotauschuss hat sich an hiesige Wäschefabrikannten gewendet und sie gebeten, gegen Bezahlung die Ware zuzuschneiden.

Ich habe in der Versammlung am Donnerstag mit Bezug hierauf gesagt, daß man dann auch die Fabrikanten mit dem ganzen Auftrag direkt beschäftigen könne.

2. Habe ich in der Versammlung erklärt, daß durch den Auftrag, den der Konfessions-Rotauschuss an den Anschlagmännern erließ, zahlreiche ungeeignete Arbeiterinnen herangeholt wurden, die sich für die in Frage kommenden Arbeiten nicht eignen und daß unter Umständen nur 70—80 Personen eingestellt werden, währenddem 7000—8000 Personen auf der Straße herumstehen. Dies ist durch die Inanspruchnahme der Arbeitsnachweise zu verhindern. Tatsächlich hat ja auch die Polizei die Ordnung auf der Straße aufrechterhalten müssen.

Ueber die Höhe der Löhne habe ich nicht gesagt und hielt auch im „Vorwärts“ nichts darüber, da mir dieselben nicht bekannt waren.

3. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß es auch dann, wenn die Herren Bernhard Koch und Handelsrichter Kirchstein dem Ausschuss angehören, zweckmäßig gewesen wäre, wenn man auch die Vertreter der in Frage kommenden Arbeiterinnen zugezogen hätte, da doch diesen auch ein sachmännisches Urteil über derartige Dinge zuzutrauen ist.

4. Wenn der Ausschuss erklärt, daß ein Verbandsarbeitsnachweis nicht in Frage komme, so haben wir das nie gefordert. Wir haben dem Ausschuss am Montag, den 7. September d. J., telefonisch mitgeteilt, daß von der Stadt Berlin und einer Anzahl Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen gemeinsam ein Arbeitsnachweis in Berlin unterhalten werden, die in der Lage seien, die gewünschten Arbeitskräfte zu stellen und daß es sich nicht empfehle, Arbeitskräfte an den Anschlagmännern zu suchen. Die Adressen und Telefonanschlüsse der Arbeitsnachweise haben wir ebenfalls mitgeteilt und weiß der Ausschuss weiter nichts darauf zu erwidern, als daß er keinen Verbandsarbeitsnachweis in Anspruch nehmen will.

5. Wir sind ebenfalls bestrebt, der Not der Konfessions- und Wäscheherberinnen abzuhelfen und sehen uns hierbei von zahlreichen Unternehmern, die sonst mit der Branche nichts zu tun haben, gefördert und wundern uns darüber, daß man einen Ausschuss bildet, der der Not der Arbeiterchaft abzuhelfen soll, ohne die Organisation der Arbeiterinnen zuzuziehen.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäscheherberinnen Deutschlands. J. A.: Fr. Runge.

### Berichtszeitung.

#### Ein trauriges Zeichen der Zeit.

Eine unverdächtige Wirkung hat ein vor einigen Tagen von einem hiesigen Rechtsanwalt für seinen Mandanten gestellter Haftentlassungsantrag gehabt. Da Fluchtverdacht nicht vorlag, der Sachverhalt sich auch wesentlich zugunsten des Angeklagten aufstellte, wurde der Antrag auf Haftentlassung gestellt. Als der in Haft befindliche Mandatar hiervon erfuhr, richtete er an seinen Verteidiger sofort einen Brief, in dem er hinhellend bat, den gestellten Antrag sofort zurückzuziehen, er wisse, da er stellungslos sei und bei der herrschenden Arbeitslosigkeit auch keine Aussicht habe, eine neue Stellung zu erlangen, nicht wohin er solle. Im Gefängnis habe er doch wenigstens ein Dach über dem Kopfe und bekomme gut zu essen. Diesem eigenartigen durch die Not der Zeit aber begreiflich erscheinenden Wunsche ist von dem Anwalt sofort stattgegeben worden.

Offenlich gelangt es der in die Wege geleiteten Organisation einer Arbeitslosenfürsorge, den Arbeitslosen, deren Zahl mehr als 100 000 in Groß-Berlin beträgt, bald Hilfe zu schaffen.

### Jugendveranstaltungen.

Für arbeitslose junge Arbeiter und Arbeiterinnen findet morgen Mittwoch, eine Führung durch das Märkische Museum, Wallstr. 50/54, statt. Treffpunkt vormittags 1/2 11 Uhr vor dem Museum.

### Briefkasten der Redaktion.

E. B. J. Ihre Sendung erhielten wir. Aber so etwas können wir nicht weiter bringen.

M. A. 1. Freitag unangenehm wegen Krankheiten der Haut. — M. A. 5. Die Schneiderin kann auf Haltung für das Kleid gegen dessen Herausgabe klagen und eventuell das Kleid durch den Gerichtsvollzieher für ihre Forderung verkaufen lassen. — G. S. 364. Landwehr 1. Klagebots: ungenügend. — F. W. 1826. Der Ausgang hängt von der Beweisführung ab. Waschen Sie den Umhang, nehmen Sie auch die Befestigung des Generalarmiermesches mit. Entschieden ist die Frage noch nicht. — 100 G. 6. Wie wiederholt dargelegt, besteht an sich der Mietvertrag weiter. Der Wirt kann aber eine Räumungsklage nicht durchsetzen. Es empfiehlt sich daher, wenn er auf Ihren Vorstoß nicht eingehen will, so wie im „Vorwärts“ wiederholt dargelegt ist, zu handeln: ohne Mietzahlung dort zu wohnen. Vielleicht wird der Wirt dann nach einigen Monaten auf Ihren Vergleichsvorschlag zurückkommen. — Paul S. 1. Verpflichtet ist keiner von beiden zur Zurückgabe. Diese ist aber möglich. — G. S. 100. Der Betrag würde vom Gericht für gültig erachtet werden. — M. S. 24. Der Wirt kann die entbehrlichen Gegenstände einbehalten und geht allen Gläubigern, auch wenn diese pänden, vor. — M. S. 2. Da Sie die Schuldung nicht zurückgenommen haben, so bleibt sie bestehen. Sie ist gültig. — M. S. 100. Handeln Sie so, wie im „Vorwärts“ vom 20. August ausführlich dargelegt ist. — G. S. 36. Annehmen Sie bei der Beschließung vor dem Standesamt die Patschschal zu Ihrem Ande. Denn ist es endlich. — G. S. 200. Die Bediensteten würden wir befragen. Ledes W die Praxis nicht nur in den kleinen Orten eine sehr häufige. Zu einer Beschwerde bei dem Landrat würden wir durchaus raten. — G. S. 12. 1. Dagegen ist nichts zu machen. Erhalten Sie den Wirt unter Hinweis, daß Sie nur unauflösbare Gegenstände besitzen. Sie endlich vom Betrage zu erlösen, können Sie nicht. Sie können also dann mit den unauflösbaren Sachen zuziehen, und wenn Sie nicht zahlen, bekommt der Wirt nichts. Sie haben ihn ja vorher gewarnt. — M. S. 42. Zugleich brauchen Sie nicht. Der Anspruch auf Zahlung der Miete bleibt aber bestehen. Verleihen Sie so, wie Sie es in Ihrem Briefe angedeutet haben. Lohn ist nur selten blühbar, als er jährlich 1500 M. übersteigt. — Grenadier 4. Soweit erichtlich, werden Sie als völlig unangenehm betrachtet. — Albert 1914. Nein, aber ein Verkehr vor rechtsträger Scheidung der Ehe kann als Ehebruch verurteilt werden. — M. S. 28. Schreiben Sie dem Frau Veranbarung entgegen. — G. S. 100. Sie können die Klage einreichen. — T. G. 100. Eine Veranbarung nicht entgegensteht, besteht 14tägige Kündigungsfrist. — W. 17. Der Wirt hat ein Recht auf Zahlung. Wenn Sie sich nicht einigt, würde Sie aber mit einer Klage sehr wenig erreichen. Die Räumung kann Sie nicht durchsetzen. — M. S. 37. Sie können nur etwas erreichen, wenn der Frau die Miete von der Gemeinde gezahlt wird. Nach dem Gesetz hat die eigentlich Anspruch darauf. Die Unterstüßungen, die zuerst gezahlt werden, bleiben weit hinter dem zurück, was zur Lebenshaltung erforderlich ist. Bemühen Sie sich darum, daß der Frau die Miete gezahlt wird.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwochmorgen: Etwas wärmer, zumeist überiegend bewölkt und stellen Regenfälle; später von West nach Ost fortschreitende zeitweilige Aufhellung.